

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Verlamplungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

**TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK**

# Lübecker Volksbote

Nummer 62. Montag, den 20. März 1922. 29. Jahrgang.

## Die Bedingungen für das Moratorium.

II. Paris, 20. März.

Nach dem „Temps“ sollen die Garantiebedingungen für die Stundungsgewährung an Deutschland im Jahre 1922 folgende Punkte betreffen:

1. Autonomie der Reichsbank,
2. Gleichgewicht des Staatshaushaltes mittelst Steuern, oder innerer Anleihen,
3. Unterdrückung der Auswüchse der Kapitalausfuhr,
4. Reparierung der Auslandsdevisen,
5. Einschränkung des Notenumlaufes und
6. periodische Veröffentlichung der Finanz- und Handelsstatistik wie vor dem Kriege usw.

Die Erfüllung dieser Garantiebedingungen soll kurz befristet und von der Garantiekommission kontrolliert werden.

## Der Reichskanzler über Genua.

Mailand, 20. März.

Reichskanzler Dr. Wirth äußerte in einer Unterredung mit dem italienischen Abgeordneten Mussolino sein Bedauern darüber, daß die Vereinigten Staaten die Teilnahme an der Konferenz von Genua abgelehnt haben. Nach seiner Ansicht sei der endgültige Wiederaufbau Europas nur möglich, wenn sich die Vereinigten Staaten an dieser Arbeit beteiligten. Europa sei wirtschaftlich krank und habe außeruropäische Hilfe nötig. Für den russischen Wiederaufbau sei Geld und Arbeit nötig. Deutschland könne kein Kapital zu diesem Zweck aufbringen, sondern nur die Hilfe und Arbeit seiner Techniker. Im Verhältnis zwischen Italien und Deutschland bezeichnete Dr. Wirth die Schaffung guter Handelsbeziehungen als das wichtigste. Der Reichskanzler wußte noch nicht zu sagen, ob er persönlich an der Konferenz von Genua teilnehmen werde.

## Vor der Genfer Entscheidung.

II. Genf, 20. März.

Man rechnet damit, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen. Präsident Calonder dürfte wahrscheinlich schon in den ersten Tagen dieser Woche den Vermittlungsversuch zwischen den beiden Benachteiligten in den noch nicht gelösten Fragen vornehmen. Das nahe Ende der Verhandlungen kennzeichnet sich auch äußerlich bereits in einem fortschreitenden Abbau der deutschen Abordnung.

## Die Aufgaben der Orientkonferenz.

II. Paris, 20. März.

Am Dienstag soll die Konferenz der interalliierten Außenminister beginnen. Man vermutet allgemein, daß von dem Ergebnis dieser Konferenz der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Griechenland und der Türkei in Kleinasien abhängen wird. Dem Waffenstillstand dürfte als bald der Friede folgen. Die Griechen werden wahrscheinlich Kleinasien räumen und sogar Smyrna an die Türkei zurückgeben müssen. Allerdings dürfte in Smyrna eine internationale Kontrollkommission eingerichtet werden, die mit den türkischen Behörden zusammenarbeitet. Man spricht ferner davon, daß die Türkei auch von den ehemals europäischen Gebiet Landesteile erhält und zwar wahrscheinlich Thrazien und Adrianopel.

## Beginn der Londoner Sachverständigenkonferenz.

II. Paris, 20. März.

Die französische Delegation zur Sachverständigenkonferenz in Sonntag mittag nach London abgereist. Sie besteht aus Seydoux, Fromageot, Massigni, Avagnol und du Halgnet.

Wie aus Brüssel gemeldet wird auch die belgischen Sachverständigen nach London abgereist. Der „Petit Parisien“ weist zu berichten, daß die Aufgabe der Sachverständigen, die ursprünglich einen Wiederaufbauplan für Rußland hätten aufstellen sollen, anscheinend fallen gelassen worden sei und daß vor allem die englische Regierung, die ursprünglich den Rat gab, sich vor allem mit Rußland zu befassen, offenbar heute wesentlich andere Dispositionen getroffen habe. Ihr Programm gelte vor allem der Stabilisierung der Kurse.

## Sowjetrußland und Frankreich.

Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten.

Paris, 18. März. Die „Agence Havas“ veröffentlicht den Wortlaut eines langen Funkspruchs des russischen Kommissars des Äußeren Tschischerin an Ministerpräsident Poincaré, in dem u. a. ausgeführt wird, auf der Genueser Konferenz müßten Sieger und Besiegte, große und kleine Staaten, Sowjet- und Bourgeois-Regierungen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Leider lasse das Verhalten der Großmächte den Schluß zu, daß ein Teil der eingeladenen Staaten sich einer festgesetzten Entscheidung eines Blochs von Großmächten gegenübersehen werde. Wenn die Presse-meldungen, wonach dieser Bloch von Regierungen Vorschläge machen wolle, die mit der Souveränität und Unabhängigkeit Rußlands unvereinbar bleiben, zutreffen, so werde das unvermeidliche Ergebnis der Konferenz ein Fehlschlag sein. Weiter wird in der Note gegen die Verleumdungskampagne gegen Rußland und gegen die Behauptung protestiert, die Sowjetregierung wolle die Konferenz nur zu kommunistischer Propaganda benutzen, ebenso dagegen, daß sich in den Rußland benachbarten Gebieten sowjetfeindliche Banden bildeten.

Im zweiten Teil der Note wird ausgeführt, daß mehrere Dekrete und gesetzliche Bestimmungen der Sowjets das Geheimnis der privaten Korrespondenzen garantieren. Alle Verbrechen, auch die politischen, würden von gewöhnlichen Gerichtshöfen abgeurteilt. Die Interessen und Befehle der Ausländer in Rußland seien durch die gegenwärtige Gesetzgebung in Rußland ausreichend garantiert, ebenso sei die Freiheit des privaten Handels in Rußland gewährleistet, wenn auch der Staat sich das Monopol des auswärtigen Verkehrs vorbehalte. In letzterer Beziehung sei jedoch die Teilnahme von Privatkapital durch besondere Abmachungen ermöglicht, ferner sei die Bildung von Aktiengesellschaften und Kreditbanken entsprechend der Gesetzgebung aller anderen Länder geregelt. Die Note schließt mit der Bemerkung, die Sowjetregierung werde sich nach Genua begeben mit der festen Absicht, in enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten zu treten, die sich gegenseitig die Unverletzlichkeit ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation entsprechend Artikel 1 der Bedingungen von Cannes garantieren würden.

## England und die Militärkontrolle.

London, 18. März.

Der stets gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Soweit gestern festgestellt werden konnte, war die britische Regierung noch zu keiner Einigung über die von den Vertretern Frankreichs und Italiens im Vorkriegsrat unterbreiteten Vorschläge wegen der achtjährigen Verlängerung der Militärkontrolle Deutschlands gelangt. Die letzten Anweisungen, die von London an den englischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, ergangen seien, sprächen sich für eine Kontrolle innerhalb eines weit geringeren Zeitraums aus. Die Kontrolle soll nicht länger als bis zu dem Zeitpunkt der Zurückziehung der britischen Truppen vom Kölner Brückenkopf im Jahre 1925 erstreckt werden, wobei noch die Bedingung gestellt werde, daß Deutschland nicht gezwungen werde, deren Unterhalt zu zahlen, und daß die augenblicklichen militärischen Sanktionen in den Ruhrstädten unverzüglich aufgehoben werden.

## Englands neuer Staatssekretär für Indien.

London, 18. März.

Viscount Peel, ein früheres unionistisches Mitglied des Unterhauses, und in den Jahren 1919/21 Unterstaatssekretär im Kriegsamt, ist als Nachfolger von Montag zum Staatssekretär für Indien ernannt worden.

## Börse.

Der Berliner Devisenmarkt zeigte am Wochenanfang ein außerordentlich lebhaftes Geschäft. Der Dollar schwankte zwischen 276 und 284. Ähnlich notierten Kabel New York 283,50, London 1243,50, Holland 10 675.

## Reichstag.

Sonnabend, 18. März, nachmittags 1 Uhr.

Die allgemeine Aussprache über den Entwurf eines Gesetzes über

### Änderung im Finanzwesen (Mantelgesetz)

wird fortgesetzt.

Eminger (Bayer. WP.): Die Erfassung der Sachwerte hätte nur eine ungeheure Verteuerung gebracht. Die Verteuerung, die das Steuerkompromiß bringt, wäre noch größer geworden. Die Waren sind zum Teil um das Fünffache gestiegen; von den Löhnen und Gehältern wird das niemand behaupten wollen. Nicht nur das Reich, sondern auch die Länder und Gemeinden müssen sparen. Leider hat man ihnen mit der Abnahme der eigenen Steuerverantwortlichkeit einen großen Anreiz zum Sparen genommen. (Sehr richtig! bei der Bayer. WP.) Hätten Länder und Gemeinden ihre eigene Finanzhoheit, dann würden sie besser wirtschaften. Wir stimmen dem Kompromiß zu, denn wir kommen nicht um die Aufgabe herum, den inneren Haushalt zu balancieren.

Geyer (Komm. Arbeitsgem.): Wir haben nicht die Absicht, Obstruktion zu treiben. Unser Verlagsantrag sollte nur feststellen, daß die Haltung der Kompromißparteien nicht der Bedeutung des Steuerwertes entspricht. Ohne Erfassung der Sachwerte kein Ende der Inflation, der Teuerung und der Verteuerung der Massen. Gegenüber der verwerflichen Wirkung des Kompromisses tritt sogar die Ungerechtigkeit in der Lastenverteilung zurück. Wir lehnen das Steuerkompromiß grundsätzlich auf das Schärfste ab.

Koenen (K.): Wenn die Arbeiter des Schlaw abgedrönte Gerede hier hören könnten, würde sie der Eckl paden. Hier wird groß geredet, draußen sind Massenbewegungen im Gange. Wo bleiben nun die zehn Forderungen der Gewerkschaften? Gerade heute muß die Sozialdemokratie für diese Forderungen eintreten, wenn sie nicht als Betrüger dastehen will. Wo bleiben die Massenbewegungen, die man früher so gut hat inzentieren können? Heute sind die Sozialdemokraten sehr erbärmlich und zu feige um zu ihren eigenen Worten zu stehen. Wir sind nicht unbedingt gegen eine Politik des guten Willens, aber wir sind gegen eine Erfüllungspolitik auf Kosten der Arbeiter. Am 16. August vorigen Jahres hat Wilhelm Reil, als die Steuer-vorlage eingebracht wurde, erklärt, diese Vorlage könnte keine Lösung bringen, schon ihres Grundcharakters wegen. Sie würde zu neuer Teuerung und neuer Geldentwertung führen. Wir sehen nicht, daß diese Worte des Finanzmannes der Sozialdemokratie von den Sozialdemokraten beherzigt worden sind. Die Sozialdemokraten wissen, warum sie nicht für Reichstagsauflösung sind. Sie haben Angst vor der Rechtfertigung. Wenn nun der Abgeordnete Stücklen in Bochum erklärte, die Sozialdemokratie habe dem Reichskanzler gesagt, daß sie aus der Regierung austräte, wenn dem Getreidewucher kein Ende gemacht werde, so ist das blanke Schwindel. Die Abrechnung aber für alle diese Schwindelaktionen wird kommen.

Das Haus vertagt sich auf Montag, 2 Uhr: Zweite Beratung der Steuervorlage. — Schluß 4 Uhr.

## Geheime Feme und Strafgesetz.

In nächster Zeit soll nach den Ankündigungen der Presse das Verfahren gegen die Geheimorganisation C (Conful-Ehrhardt) stattfinden. Dabei dürfte sich herausstellen, daß die geltenden Strafvorschriften vollkommen unzureichend sind, um solcher Geheimbündelei wirksam entgegenzutreten zu können. Sie leiden nämlich an dem Fehler, daß sie zwar den formalen Geheimcharakter der Organisation, aber nur einen kleinsten Teil ihres verbrecherischen Zweckes unter Strafe stellen. Im neuesten Heft der „Glocke“ untersucht Genosse Rüttner die in Frage kommenden Paragraphen und gelangt zu folgendem Schluß: „So stehen wir vor dem überraschenden Ergebnis, daß die Schaffung einer geheimen Feme zur Ermordung mißliebiger Mitglieder mit den Mitteln des heutigen Strafrechtes fast gar nicht bekämpft werden kann, oder höchstens erst dann, nachdem die Feme in Aktion getreten ist. Verbrecherische Ziele einer Organisation haben heute nur die eine Wirkung, daß die Organisation nicht mehr den Schutz des Artikels 124 der Reichsverfassung genießt, der ausdrücklich die Vereinigungsfreiheit auf solche Vereine begrenzt, deren Zwecke dem Strafgesetz nicht zuwiderlaufen. Die Organisation, die verbrecherische Ziele verfolgt, kann politisch aufgelöst werden, das hat aber strafrechtliche Folgen für die Mitglieder nur insoweit, als sie nach der Auflösung die Organisation fortsetzen.“

Das Bestehen von Organisationen mit Feme-Einrichtungen bedeutet jedoch eine so schwere Gefährdung der Staatssicherheit und der öffentlichen Sicherheit überhaupt, daß ganz andere Mittel des Einschreitens hiergegen gefordert werden müssen. Man bedenke, daß die Drohung mit der geheimen Feme nicht etwa nur auf dem Papier steht, sondern bereits in mehreren Fällen praktisch zur Anwendung gelangt ist. Man bedenke ferner, daß gerade die Existenz dieser Feme in fast allen Fällen bisher die Aufklärung solcher Verbrechen verhindert hat, die von rechtsradikaler Seite begangen wurden. Wendet der Staat nicht die stärk-

sein Mittel gegen das Femewesen an, dann gibt er sich selber Preis. Denn wo Verbände bestehen, die ihre Mitglieder durch die Drohung in der Hand haben, daß diese beim geringsten Ungehörigem dem Dolch und der Kugel verfallen, da ist der Staat faktisch ausgeschaltet. Die Furcht vor dem Tode wird regelmäßig stärker sein als die Furcht vor den weit geringeren gefühligen Strafen. Die Gräueltaten des Femeterrors sehen wir in der Ermordung Garels, Erzbergers und viele anderer, in der Flucht Dittmars und Soldts, in dem Entkommen der Erzbergermörder usw. usw.

Die Notreform des Strafgesetzbuches steht bevor. Damit ist eine praktische Gelegenheit zur Ausfüllung der jetzigen Lücke gegeben. Wir schlagen etwa folgende Bestimmung vor, die als § 129a im StGB Aufnahme finden könnte:

„Wer sich an einer Vereinigung beteiligt, zu deren Zwecken es gehört, ihre Angehörigen durch Bedrohung mit Verbrechen oder Vergehen, namentlich auch durch die Einrichtung einer Feme zu nötigen, daß sie den Weisungen der Vereinigung oder ihrer Vorsteher Gehorsam leisten oder Gehemnisse der Organisation nicht preisgeben, wird mit Gefängnis bestraft. Sind solche Verbrechen oder Vergehen zur Ausführung gelangt, tritt Zuchthaus bis zu fünf Jahren ein. Auf die gleiche Strafe ist gegen die Vorsteher der Vereinigung zu erkennen.“

Ueber Einzelheiten der Formulierung und die Höhe der Strafsumme läßt sich natürlich diskutieren. Die Hauptsache ist, daß überhaupt etwas zur Ausrottung des Femeterrors, dieser blutrünstigen Nachkriegserscheinung, geschieht.

## Die Not der deutschen Kolonisten in Rußland.

Moskau, 18. März.

Im Gouvernement Alexandrowsk am Nowischen Meer leben 600 000 deutsche Kolonisten, die von der Hungersnot ebenso hart mitgenommen werden wie ihre Landsleute an der Wolga. Auch sie haben unter den Folgen der Überente zu leiden, heißen keinen Samen zur Bestellung der Felder und leiden unter dem Mangel an Landwirtschaftsgeräten und Maschinen sowie Verkehrsmitteln. Die neue ukrainische Handelskommission in Berlin und die von Rom waren in der letzten Zeit mit Erfolg bemüht, die notwendigen Nahrungsmittel und Geräte aufzutreiben. Die neugebildete deutsch-ukrainische Handelsgesellschaft wird ihre Tätigkeit vornehmlich auf dieses Gebiet erstrecken.

## Die Dienstzeit in Sowjetrußland.

Warschau, 18. März.

In der amtlichen Swestija wird ausgeführt, die zweijährige Dienstzeit der Roten Armee reiche wegen der ungenügenden körperlichen und geistigen Entwicklung der Rekruten für ihre sachgemäße Ausbildung nicht aus. Zudem sei das niedrige Instruktionspersonal meistens noch auf die früheren Ausbildungsmethoden eingestellt, die eine längere Dienstzeit zur Voraussetzung hatten. Die militärische Ausbildung der Jugend müßte daher noch vor ihrer Einberufung in die Armee beginnen.

## Gandhi verurteilt.

Bombay, 18. März.

Gandhi, der indische Nationalheld, ist zu sechs Jahren einfachen Kerkers verurteilt worden.

## Die Kohlennot.

Berlin, 19. März.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Reichswirtschaftsministeriums am Sonnabend eingehend die Tätigkeit des Reichskohlenkommissars besprochen. Genosse Hue beschäftigte sich mit der Kohlenwirtschaft und brachte eine ganze Reihe von Beschwerden vor. Der heutige Kohlenmangel hat seine Ursache nicht zuletzt darin, daß große Mengen deutscher Kohle ins Ausland wandern. In der Braunkohlenindustrie hat man sogar Feierschichten eingelegt. Der Hauptanteil der Kohlenpreiserhöhung fließt in die Taschen der Kohlenbarone, die sich nicht dazu bereit erklären können, den Arbeitern ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Die Bergarbeiter haben aus diesen Gründen keine Veranlassung, Ueberschüssen zu verzehren. Der Demokrat Wieland forderte eine bessere Belieferung Süddeutschlands, insbesondere Württembergs, mit Kohlen. Reichswirtschaftsminister Genosse Schmidt erklärte, das Abkommen von Spa habe seine Wirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben nicht verfehlt. Jeder Wagon Reparationskohle schädige den Versuch zum Wiederaufbau Deutschlands. Die Braunkohlenförderung konnte erheblich gesteigert werden, aber eine ganze Reihe von Industrien kann ihre Feuerung mit Braunkohlen nicht bedienen. Das trifft insbesondere zu für die Baustoff-Industrie. Der Ausfuhr von Braunkohle, so führt der Minister weiter aus, könne er sich nicht entgegenstellen, so lange darunter nicht die Versorgung der Inlandindustrie leide. Der Bezug ausländischer Kohle sei volkswirtschaftlich außerordentlich bedauerlich, aber es bestähe eben eine deutsche Steinkohlennot, die erst allmählich abgebaut werden könne. — Eine vom Hauptauschuß angenommene Entschließung fordert die Regierung auf, auf eine Steigerung der Kohlenproduktion hinzuwirken, für beschleunigten Abtransport der Lagerbestände, eine Verbesserung der Qualität der Kohle und der Belieferung Süddeutschlands hinzuwirken. Die Mittel des Reichskohlenkommissariats für Beobachtungen und Löhne an das nichtbeamtete Personal wurde um 5 Millionen erhöht. — Der Auschuß erledigte dann noch den Etat des Staatlichen Reichsamts und vertagte sich dann auf Montag.

## Der Fall Hermes.

Berlin, 19. März.

Die Reichstagsfraktion der USA hat unter dem 18. März folgenden Brief an den Reichsfinanzminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsfinanzminister!  
Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USA hat unter dem 10. d. M. an Sie ein Schreiben gerichtet, das sich mit den in der Presse gegen den jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Hermes erhobenen Vorwürfen befaßt und drei Forderungen enthält, von deren Richtigkeit wir uns überzeugt

# Gegen die Ausraubung Deutschlands.

## Protest der deutschen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften.

Der schwere Druck der Reparationsverpflichtungen, der auf dem deutschen Volke und somit insbesondere auf der deutschen Arbeiterschaft lastet, ist moralisch nur dann ertragbar, wenn die deutschen Reparationsleistungen auch wirklich für die Zwecke des Wiederaufbaues Verwendung finden.

Nach der von dem Pariser „Temps“ kürzlich veröffentlichten Aufstellung sind aber von den 11,4 Milliarden Goldmark, die Deutschland bis zum 31. Dezember 1921 an Reparationszahlungen geleistet hat, nur 2,8 Milliarden dem eigentlichen Wiederaufbau zugute gekommen, während der Rest für andere Zwecke, darunter über

4,3 Milliarden allein für die Besatzung und für die interalliierten Kommissionen in Deutschland, verbraucht worden ist.

Singu kommt jetzt, daß die ohnedies schon unverhältnismäßig hohen Bezüge der Mitglieder der zahlreichen interalliierten Kommissionen nochmals um eine Teuerungszulage von 88 % erhöht worden sind. Nach dieser Erhöhung bezieht jetzt, das Heimatgehalt in deutsche Mark umgerechnet, ein französischer General in Deutschland jährlich 1 886 200 Mk., ein

englischer General sogar 3 619 500 Mk.,

und selbst ein einfacher englischer Soldat 362 620 Mk., also weit mehr als die höchsten Beamten der deutschen Republik.

Diese Riesensummen müssen aus der deutschen Arbeit aufgebracht werden. Sie erfordern ungezählte Milliarden, die für den tatsächlichen Wiederaufbau verloren gehen.

haben. Wir haben Ihnen diese Tatsachen unter Vermeidung jeglicher Schlussfolgerungen unterbreitet und um eine Stellungnahme der Reichsregierung gebeten. Als einzige Neußerung dazu ist bisher nur der Brief des Reichsfinanzministers Dr. Hermes an den Herrn Reichsfinanzminister vom 11. 3. 22 bekannt geworden. Er wurde durch die Presse verbreitet, scheint also nach Ihrer Meinung keine ausreichende Antwort auf unser Schreiben vom 10. d. M. zu sein, da er zu keiner der drei Tatsachen unseres Schreibens vom 10. d. M. positive Stellung nimmt. Er begnügt sich vielmehr damit, eine Schlussfolgerung zu verneinen, die unser Brief nicht gezogen hat, bestätigt also indirekt unsere Angaben.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USPD richtet deshalb erneut an die Reichsregierung das Ersuchen, nunmehr ihrerseits zu den in unserem Schreiben mitgeteilten Tatsachen Stellung zu nehmen und diese Stellungnahme der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie zu übermitteln. Sie hält das umso mehr für notwendig, als das unbegreifliche Schweigen der Reichsregierung in weiten Kreisen der Bevölkerung den Eindruck erweckt hat, als ob die Reichsregierung den Standpunkt ihrer Vorgängerin verlassen hat, wonach das Ministerium unter keinen Umständen jemand in seinen Kreisen dulden kann, an dessen Ehre ein Makel klebt.

Hochachtungsvoll

Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie.

## Um die Schulreform.

Berlin, 19. März.

Ein Kongreß „Menschenbildung und Lebensgestaltung“ wird zu Pfingsten d. J. vom Bund unterschiedener Schulreformer in Mainz veranstaltet. Es soll ein Versuch sein, einen Weg zur europäischen Kulturgemeinschaft zu finden und Verbindungen zu schaffen zwischen den Menschen und Organisationen Europas. Die Fragen der Politik, der Wirtschaft und des allgemein kulturellen geistigen Lebens sollen aufgeworfen werden. Der Kongreß soll sich über vier Tage erstrecken und auf breiter Grundlage führende Kräfte vereinigen. Die Leitung des Presseamtes liegt in den Händen des Präsidenten a. D. Dr. Sireder, Darmstadt. Auskunft erteilt Ortsgruppe Mainz des Bundes unterschiedener Schulreformer, Mainz, Leibnizstraße 45.

## Die Landes- und Gemeindesteuern.

SPD. Berlin, 19. März.

Der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beendete am Sonnabend den Gesetzentwurf zur Abänderung des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920. Das Gutachten des Ausschusses schlägt eine ganze Reihe wichtiger Änderungen vor. Bei Landessteuern und Gemeindeforderungen sollen die Sätze für Getränkesteuern nach dem Kleinhandelspreise auf 5 %, beim Schaumwein und alkoholisierfähigen Getränken und bei Trinkbrennereien auf 10 % erhöht werden. Ferner sollen die Länder und Gemeinden nicht nur einen Anteil, sondern das gesamte Aufkommen der Grundversteuern erhalten. Diese Abänderung würde dem Reich einen Ausfall von 275 Millionen bringen. Der Ausschuß wünscht ferner, daß die Teilung der großen Reichsrenten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer Neuprüfung unterzogen wird. Der Ausschuß wünscht, daß die Länder und Gemeinden, denen umfangreiche Aufgaben des Reiches übertragen werden, in höherem Maße als bisher die dafür gemachten Aufwendungen vom Reich ersetzt bekommen. Mit diesen und anderen, zum Teil fernerechnischen Abänderungen wurde der Gesetzentwurf gegen zwei Stimmen, die ihre Ablehnung mit der Erhöhung für die Getränkesteuern begründeten, gebilligt.

## Das Hausgehilfengesetz.

SPD. Berlin, 19. März.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats legte die Beratung des Hausgehilfengesetzes mit den Fragen der Arbeitsbereitschaft, der Freizeit und Ruhezeit, des Urlaubs und der Arbeitgeberverpflichtungen im Falle der Erkrankung des Hausgehilfen vor. Die Arbeitnehmer wünschten eine wochenlängliche Arbeitszeit von 10 Stunden, die nicht vor 6 Uhr morgens beginnt und nicht vor 6 Uhr abends endet sollte. Für Jugendliche unter 18 Jahren soll die Arbeitszeit nicht vor morgens 7 Uhr beginnen und 8 Stunden nicht überschreiten; um 7 Uhr abends soll sie beendet sein. Die Arbeitgeber lehnten diese Regelung der Arbeitszeit ab. Die Vertreter der freien Gewerkschaften gaben der Beratung Ausdruck, daß die Arbeitszeit anhand der

Die deutschen Gewerkschaften, die stets für Wiedergutmachung und Erfüllung eingetreten sind, erheben hiermit

öffentliche Klage über diese Vergeudung

des Ertrages deutscher Arbeitskraft und deutschen Arbeitsfleißes.

Mit weniger als einem Zehntel der Bezüge des einfachen englischen Soldaten in Deutschland muß der deutsche Arbeiter sein Leben fristen und seine Arbeit verrichten. Die ungeheure Teuerung drückt seinen Lebensstandard von Woche zu Woche tiefer herab. Getrieben von der Not, die in den Familien der Arbeiter und Angestellten in Deutschland herrscht und sich täglich vergrößert, erheben wir Protest gegen diese

finstere Ausraubung Deutschlands.

Die deutschen Gewerkschaften lenken die Aufmerksamkeit der Welt, insbesondere der Arbeiterschaft aller Länder, auf diesen Zustand. Wie lange soll ein System, das einem ganzen Volke die letzten Lebensäfte ausraubt, um sie zwecklos zu vergeuden und dabei die Ruinen des Krieges weiter verfallen läßt, noch bestehen bleiben?

Berlin, den 18. März 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

H. Reipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Auffhäuser. Süß.

Arbeitsbereitschaft verlängert werden könnte. Die christlichen Gewerkschaftler waren mit den Arbeitgebern der Meinung, daß eine feste Arbeitszeit nicht möglich sei. Der Antrag der freien Gewerkschaften wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, der den Hausgehilfen einen Rechtsanspruch auf eine ununterbrochene tägliche Ruhezeit von 11 Stunden gewährt. Die Regelung des abendlichen Ausganges der jugendlichen Hausgehilfen bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Gestrichen wurde die Bestimmung, daß ein Anspruch auf Urlaub nicht mehr besteht, wenn der Hausgehilfe gekündigt habe. Angenommen wurde ein Antrag, der den Arbeitgeber verpflichtet, dem erkrankten Hausgehilfen bis zum Eintritt der gesetzlichen Versicherungsleistungen die erforderliche Pflege angedeihen zu lassen. Soweit es die häuslichen Verhältnisse gestatten. Diese Verpflichtung erlischt mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, spätestens nach 6 Wochen nach Beginn der Krankheit. Die über die regelmäßigen Sachleistungen hinaus durch die Pflege entstandenen Mehrkosten können für die Zeit der Erkrankung auf den Barlohn bis zu Zweidrittel des Lohnes angerechnet werden.

## Die „Notlage“ der Agrarier.

SPD. Berlin, 17. März.

Der deutschnationale Kreisverein Götting (Stadt und Land) gibt für seine Mitglieder ein periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt heraus. Der letzten Nummer des nur für die Mitglieder bestimmten Blattes lag, wie uns aus Götting mitgeteilt wird, ein Zettel folgenden Inhalts bei:

„Durch unentgeltliche Naturalieferungen von Landwirten der Umgegend von Götting sind wir in der Lage verlegt, unseren Parteimitgliedern in Götting ein gewisses Maß von Weizen- und Roggenmehl zu Vorzugspreisen abzugeben. Be-rechtigt zum Bezuge ist jedes in Götting wohnende Mitglied der Partei, das bereits am 1. März ds. Js. eingetragenes Mitglied des „Deutschnationalen Kreisvereins“ gewesen ist. Wir fordern unsere Mitglieder auf, bis spätestens zum 15. April einschließend die Bezugsscheine für die auf sie entfallenden Anteile in unserem Geschäftszimmer, Gartenstr. 20, I. gegen Vorlegung der Mitgliedskarte und Bezahlung des Bezugsspreises abzuholen. — Verpackungsmaterial ist von dem Bezueher zu stellen.“

Götting, den 27. Februar 1922.

Der Vorstand des Deutschnationalen Kreisvereins

Götting (Stadt und Land).

Es verhalten sich die Leute, die täglich mit ihrer eigenen Notlage haarklein gehen. Das Vaterland über die Partei ist ihre Parole, aber dennoch haben sie nichts weiter im Auge als ihre persönlichen Interessen und die der Partei. Für die Partei stehen Naturalieferungen zur Verfügung, was durchaus nicht schmerzhaft sein kann, denn die Schiebungen der Renten muß die große Masse doppelt und dreifach mitbezahlen. Der deutschnationale Kreisverein in Götting macht mit seiner Methode ein doppeltes Geschäft, denn einmal wird den Mitgliedern gedient, und zum anderen steht ein erheblicher Betrag in die Parteikasse, denn für das unentgeltlich empfangene Mehl müssen 5 Mark für Weizenmehl und 4 Mark für Roggenmehl pro Pfund bezahlt werden. Gegenüber den heutigen Tagespreisen ist das zweifelloso einer Vergünstigung für die Mitglieder, immerhin bleibt aber die Hauptfrage bei der Schiebung, Mitglieder zu fangen und die Parteikasse auf Kosten der Masse der Verbraucher zu füllen. Der vorstehende Fall rechtfertigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in bezug auf die Brotversorgung in jeder Beziehung. Bevor nicht das Umlagesoll den sozialdemokratischen Wünschen entsprechend erhöht wird, werden die breiten Volksteile weiter hungern, die deutschnationalen Landwirte Schiebungen bewerkstelligen, die letzten Endes die breiten Volksmassen zu zehren haben werden.

## Die „blinde“ Justiz.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet triumphierend, daß ein Verleumder des volksparteilichen Abgeordneten Prof. Kahl zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Ueber die Begründung dieser hohen Strafe teilte sie mit:

Das Gericht ging über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und begründete sein Urteil damit, daß der Geheimrat Dr. Kahl ein reiches öffentliches Leben hinter sich habe, aber beleidigt worden sei, nur weil er zur Deutschen Volkspartei gehöre; die Ehre solcher Beleidigten müsse ein deutsches Gericht mehr schätzen als ein anderes Gut.

Wenn diese Ausführungen besagen sollen, daß die im öffentlichen Leben stehenden Staatsmänner, Politiker aller gemein in einen verstärkten Schutz gegen grundlose Beleidigungen genießen müssen, so könnte man ihnen beipflichten. Doch scheinen die preußischen Richter auf dem Standpunkt zu stehen, daß unter „solchen Beleidigten“, deren Ehre besonders geschützt werden müsse, nur Männer, die der Deutschen Volkspartei bzw. den Rechtsparteien angehören, zu verstehen sind. Denn gleichzeitig lesen wir in der „S. R.“:

Vor einem schlesischen Schöffengericht wurde dieser Tage über eine Beleidigungssache entschieden, die bei

preussische Innenminister Genosse Senering gegen ein deutschnationales Blatt angekreuzt hatte. Die erhobenen Vorwürfe erwiesen sich als eitel Erfindung; wie gewöhnlich konnte nicht einmal der Versuch eines Wahrheitsbeweises gemacht werden. Das Urteil lautete auf 250 Mark Geldstrafe. Die geringfügigkeit der Strafe begründete das Gericht damit, daß ja heute auch die Qualität der Minister nicht mehr so sei wie früher. Heute könne jeder Handwerker Minister werden.

Der volksparteiliche Politiker wird vom Gericht mit besonderem Schutz umgeben, weil er im öffentlichen Leben steht, der sozialdemokratische Minister für einen Mann von geringfügiger Ehre erklärt, weil er Arbeiter gewesen ist. Kann die „Objektivität“ und „Unparteilichkeit“ einer angeblich streng sachlichen Rechtsprechung sich selbst ein besseres Zeugnis ausstellen?!

### Gewerkschaftliche Beamtenzentrale.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam für die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften, die neben Arbeitern und Angestellten auch Beamte organisieren, eine Gewerkschaftliche Beamtenzentrale mit dem Sitz in Berlin errichtet. In Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden Verbänden sind für diese Beamtenzentrale besondere Satzungen aufgestellt worden, aus denen Zweck und Aufgaben der Zentrale ersichtlich sind.

Als Zweck ist in § 1 die gemeinsame Vertretung aller gemeinsamer Beamteninteressen und die Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens unter den Beamten angegeben. Die Schaffung der Beamtenzentrale beruht auf den Beschlüssen der Dezentralen des Bundesausschusses, wonach dieser die Absicht billigt, daß die dem ADGB und dem AFAB-Bund angehörenden Verbände die Beamten organisieren, besondere Abteilungen bzw. Reichsaktionen für ihre Beamtenmitglieder errichten.

### Die Angestelltenversicherung.

SPD. Berlin, 17. März.

Im sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gaben am Donnerstag Sachverständige zu dem Gesetzentwurf über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte ein Urteil ab. Es handelt sich im wesentlichen um die Grundfrage, ob es im Interesse der Versicherten möglich und erforderlich sei, die Angestelltenversicherung in die allgemeine Invalidenversicherung einzugliedern. Der Vertreter der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erklärte sich selbstverständlich für Aufrechterhaltung einer selbstständigen Angestelltenversicherung. Demgegenüber stellte sich der Vertreter der Landesversicherungsanstalten auf den Standpunkt, daß die Eingliederung bezw. Anschließung unbedingt erfolgen müsse. Er betrachtet es als selbstverständlich, daß dabei die Rechte der Angestellten aus der bisherigen hohen Beitragsleistung gewahrt werden müßten. Professor Dr. Rastke sprach sich dahin aus, daß von vornherein Bedenken gegen das heutige System der Versicherung bestanden hätten. Es wäre viel zu teuer und viel zu kompliziert. Bei einer Verschmelzung könnten für die Angestellten leicht Sonderbestimmungen eingeführt werden. Grundsatz muß allerdings sein, daß die Angestellten durch diese Regelung nicht schlechter gestellt werden dürfen als bisher. Professor Dr. Massenbauer äußerte, daß eine Angliederung bei der Versicherung auf dem Gebiete der Rechtsprechung und der Organisation möglich sei. Er bezweifelte allerdings, daß hierdurch eine wesentliche Vereinfachung möglich wäre. — Der am 9. März gebildete Unterausschuss wird nunmehr mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfs beginnen.

### Die Hilfe für die Kapitalrentner.

Von Friedr. Klees.

Zu den neuesten sozialpolitischen Maßnahmen gehört die Unterstützung notleidender Kleinrentner. Sie ist ein Versuch auf einem neuen Wege. Bisher war es im allgemeinen nur üblich, da zu helfen, wo den Bedürftigen die Mittel fehlten, um in der bescheidensten Form weiterleben zu können. Die Armenfürsorge, die dann eintrat, war darauf zugeschnitten, durch allerlei Mittel, vor allem värglichste Fürsorge, die Hilfsbedürftigsten bald wieder auf eigene Füße zu stellen oder in andere Obhut zu bringen. Abgesehen von der Einführung der sozialen Versicherung wurde dieser allzuenge Rahmen staatlicher Maßnahmen zuerst durchbrochen von dem Gesetz vom 7. Dezember 1921 betreffend Notstandsmaßnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden-, Hinterbliebenen- und Angestellten-Versicherung. Durch dieses wurde der Grundgedanke aufgestellt, daß die von ihm erfaßten Personen ein bestimmtes Mindesteinkommen beziehen müssen und daß, sofern sie es nicht haben, die Allgemeinheit die Verpflichtung hat, den Fehlbetrag zuzuschließen. Das Existenzminimum wurde in diesem Gesetz im allgemeinen zunächst (für Invaliden- und Altersrentenempfänger usw.) auf 3000 Mk. festgesetzt, wobei jedoch gewisse Beträge von Arbeitsverdienst, Zinsgenuß usw. nicht zur Anrechnung kommen.

Mit der neuen Hilfe für Kapitalrentner soll verhindert werden, daß diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet und sich durch eigenes Streben ein bescheidenes Kapital angesammelt haben, von dem sie im Alter zehren wollten, nunmehr infolge der Geldentwertung genötigt sind, in Not und Elend zu leben. Man will ihnen eine über die Armenpflege hinausgehende Fürsorge zu Teil werden lassen und geht dabei von dem Gedanken aus, daß diese Leute unverschuldet in einen hoffnungslosen Zustand geraten sind. Sie seien besonders bedauerenswert, weil sie fast ausschließlich die Vorrechte der Sozialversicherung nicht genießen und erwerbsunfähige Leute irgendwelche Invaliden- oder ähnliche Rente nicht erhalten können. Hier rächt sich, so jüngen wir hinzu, daß man früher den Vorschlägen der Sozialdemokratie nicht gefolgt ist und die kleinen selbstständigen Unternehmer, Geschäftleute usw. nicht der sozialen Versicherung unterstellt hat. Aus politischen Gründen wurde ihnen früher auch von „oben“ herab ins Ohr geblasen, daß die soziale Versicherung nur für die „gewöhnlichen“ Arbeiter da ist und sie, die Gewerbetreibenden, doch etwa „viel besseres“ sind.

Als „Kleinrentner“, denen die neuen Unterstützungen zugute kommen sollen, gelten Bedürftige, im Inland wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahreseinkommen von

wenigstens 600 Mark sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeiten im wesentlichen auf dieses Jahreseinkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorsorge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Als Arbeit gilt auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft; ihr steht auch eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich. Die Bedürftigkeit des Kleinrentners wird jedenfalls dann anzunehmen sein, wenn sein Gesamteinkommen im Jahre geringer als 3000 Mk. ist. Andererseits ist Bedürftigkeit regelmäßig zu verneinen, wenn die Bezüge der Erwerbslosenfürsorge erreicht werden. Einer besonderen Beurteilung bedürfen die fremder Wartung und Pflege bedürftigen Kleinrentner.

Vorläufig sind 100 Millionen Mark für die gedachten Zwecke zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsplan für 1922 soll die Summe erhöht werden. Auf Preußen sind 62 Millionen Mark entfallen, die wiederum auf die einzelnen Provinzen und Stadt- und Landkreise verteilt wurden. Die Auszahlung soll von den Gemeinden erfolgen. Eine gesetzliche Pflicht, die Unterstützungsmaßnahmen durchzuführen, besteht für die Gemeinden nicht. Wenn sie es aber tun, müssen sie ein Drittel der Gesamtkosten aus eigenen Mitteln aufbringen. Lehnen sie das ab, erhalten sie auch die Reichsbeiträge nicht. Bis zu einer späteren endgültigen Regelung der ganzen Angelegenheit soll nach eingehender Prüfung der Bedürftigkeit jedes einzelnen Bewerbers um Unterstützung zunächst eine einmalige Beihilfe bis zum Höchstbetrag von 1500 Mk. in den Gemeinden der Ortsklassen A. und B. und von 1200 Mk. in den übrigen Orten gezahlt werden. Zuständig ist die Gemeinde, in der der Kleinrentner jetzt seinen Wohnsitz hat. Zulässig sind ausnahmsweise auch Sachleistungen. Zuwendungen, die der Kleinrentner seit dem 1. Oktober 1921 schon erhalten hat, können angerechnet werden. Die bis jetzt herausgekommenen Richtlinien sind sehr unklar und lückenhaft. Insbesondere sagen sie nichts darüber, ob die Beihilfen rechtlich nur als Darlehen anzusehen und wieder zurückzuzahlen sind, wenn der Rentner dazu in der Lage ist oder wenn er stirbt und ein Ver-

mögen hinterläßt. Aus allen Begleitumständen wird man aber eine solche Erstattungspflicht annehmen müssen, denn es könnte nicht gebilligt werden, daß man Personen, die noch über Vermögenswerte von mindestens 15 000 Mk. verfügen, Beihilfe macht, die letzten Endes lachender Erben zugute kommen, die meist in guten Verhältnissen sich befinden werden. Es wird deshalb das Recht der Rückforderung bei der Auszahlung festgesetzt werden müssen.

Die Beihilfen sollen in der Regel nur gezahlt werden, wenn zugleich sichergestellt wird, daß das Vermögen des Rentners mit zur Bestreitung seines Lebensunterhalts in einem Umfang herangezogen wird, der der Vermögenshöhe, dem Alter und den sonstigen Verhältnissen des zu Unterstützenden angemessen ist. Auch ist die Unterstützung des Kleinrentners durch die gesetzlich dazu Verpflichteten (Familienangehörigen, namentlich erwachsenen Söhnen) stets zu sichern. Die weitreichende Beteiligung von Personen aus dem Kreise der Kleinrentner bei der Ausführung der Hilfsmahnahme soll zur Erleichterung der Arbeit beitragen. Allerdings ist darauf zu achten, daß in den Kleinrentnern nicht der Verdacht entsteht, als würden die organisierten Kleinrentner bevorzugt. Zunächst wird durch Bekanntmachungen in den einzelnen Orten die Zahl der Anspruchsberechtigten festzustellen sein. Auf sie sind dann die zur Verfügung stehenden Mittel zu verteilen, zweckmäßigerweise abgestuft nach dem Maße der Bedürftigkeit.

Die Hilfsaktion ist ein weiterer Schritt in der Abklärung der Armenfürsorge durch die Wohlfahrtspflege. Nachdem nun den Sozialrentnern und den Kapitalrentnern ein Existenzminimum gesichert ist, fehlt es nur noch, daß auch den übrigen Bevölkerungsgruppen, den eigentlichen Vermitteln der Armen, gleiche Vergünstigungen eingeräumt werden. Es gehören hierzu besonders Personen aus dem Arbeiterstande, die sich nicht irgend eine Rente haben sichern können, wie z. B. Witwen, die nicht die nötigen „Anwartschaften“ ihres verstorbenen Mannes nachweisen können oder die noch erwerbsfähig sind, Gelegenheitsarbeiter. Die nur gelegentlich Versicherungsbeiträge zahlen usw. Die Lücke muß geschlossen werden dadurch, daß für alle Menschen ein gewisses Mindesteinkommen gewährleistet wird. Das hat das jetzige Ziel unseres Wirkens zu sein.

## Volkswirtschaft.

### Die wirtschaftlichen Gefahren der Zwangsanleihe.

Die Zwangsanleihe ist ein Bestandteil des zwischen den politischen Parteien geschlossenen Kompromisses. Je mehr man sich aber näher mit ihr beschäftigt, desto mehr erkennt man die ungeheuren Schwierigkeiten und Nachteile, die mit ihrer Durchführung verbunden sind. Man muß annehmen, daß von den verschiedenen politischen Richtungen, die sich auf das Kompromiß der Zwangsanleihe einigten, die einen nur das vom Besten zu bringende Opfer im Auge hatten, während die anderen nur daran dachten, ein möglichst kleines Opfer zu bringen und diese Möglichkeit in der Zwangsanleihe erblickte. Praktisch liegen die Dinge nun so, daß durch die Zwangsanleihe die wirklich notwendigen Summen nicht aufgebracht werden, wohl aber durch sie die Aufbringung weiterer Mittel aufs Äußerste erschwert wird. Praktisch ist die Zwangsanleihe nichts anderes, als eine Vermögenskonfiskation bis zu 40 v. H. des aufgebrauchten Betrages, nur daß das Reich das so konfiskierte Vermögen noch zu verzinsen hat. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit werden sich die Dinge etwa folgendermaßen abspielen: Der größte Teil derer, die das Geld für die Zwangsanleihe aufbringen, werden sie, um ihren produktiven Pflichten nachzukommen, bald wieder veräußern müssen. Diese Veräußerung wird, soweit sich das übersehen läßt, bei einem Kursverlust von 30 bis 40 v. H. stattfinden müssen, und die glücklichen Käufer, die zu einem so niedrigen Kurs die Anleihe erwerben, werden in der Hauptsache nicht gerade dem schaffenden Stande angehören; sie erhalten die Zinsen für Geber, die sie nicht hergeben, sondern die sie nur zu einem niedrigen Kurs erworben haben. Da alle nicht ganz leistungsfähigen Unternehmer gezwungen sein werden, die Anleihe zu verkaufen, um ihren Kapitalbedarf zu decken, so wird die praktische Folge die sein, daß die mittleren und kleineren Vermögen zugunsten der ganz großen, die die Anleihe behalten können, schwer geschädigt werden. Es kommt also kein Opfer der wirklich Besitzenden, sondern der weniger Besitzenden heraus. Die ersteren machen obendrein noch ein gutes Geschäft.

Wenn es auch praktisch keinen Zweck mehr hat, grundsätzlich zu der Frage der Zwangsanleihe Stellung zu nehmen, so hat der Reichswirtschaftsrat dennoch Recht gehabt, ein Gutachten lediglich über die Durchführungsmöglichkeit abzulegen. Der Reichswirtschaftsrat hat nämlich in seinem Gutachten in der Hauptsache die vorstehenden Darlegungen gemacht. Es verdient besonders bemerkt zu werden, daß als Referent der Chefdebetur der unabhängigen „Freiheit“, Herr Dr. Hilferding, fungiert, der, wie aus seinem Bericht hervorgeht, die hier mitgeteilten Auffassungen über die Wirkungen der Zwangsanleihe vollständig zu den seinigen gemacht hat.

Später, wenn sich erst die mit der Durchführung der Zwangsanleihe entstehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gezeigt haben werden, wird man einsehen, daß der Reichswirtschaftsrat auf dem richtigen Wege war, als er sich in seinem Gutachten auch über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der Zwangsanleihe äußerte und eine Zweckmäßigkeit dieser Art der Geldaufbringung nicht anerkannte. Man wird in Deutschland früher oder später einmal dazu kommen müssen, in Anleihenfragen von der Papiergeldwirtschaft abzurücken und Goldanleihen auszugeben. Eine Goldanleihe würde zweifellos auf dem freien Markt in beträchtlicher Höhe gezeichnet werden, ihre Zinszahlungen würden unter der Berücksichtigung der Geldentwertung erfolgen. Gerade das ist es, was uns bisher fehlt. Die Zinsen würden immer in dem Normalbetrag ausgezahlt, ohne daß auf dem sinkenden Realwert irgendwie Rücksicht genommen würde. Bei einer Goldwert-Anleihe würde es anders sein, und man könnte auch mit Sicherheit erwarten, daß eine solche Anleihe zahlreiche Käufer von ausländischen Märkten fände. Wenn sogar das Ausland in deutscher Papiermark, die sich immer weiter entwertet, spekuliert (man nimmt an, daß etwa 100 Milliarden Papiermark in ausländischen Händen sind) dann wird es erst recht deutsche Goldanleihen aufnehmen, bei denen die Entwertung wenigstens durch entsprechend höhere Nominalbeträge wieder gut gemacht wird. Dazu kommt noch, daß der Versuch mit einer solchen frei angelegten Goldanleihe mehrere Male gemacht werden kann, während das mit einer Zwangsanleihe, wie bereits gesagt, nicht möglich ist. Der Ausweg einer Zwangsanleihe wäre immer noch geblieben, wenn eine freie Anleihe nicht zum Ziele geführt hätte. Man wird dem Reichswirtschaftsrat dankbar dafür sein

müssen, daß er sich in seinem Gutachten von keinerlei politischer Agitationsbedürfnissen hat leiten lassen, sondern lediglich vor wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Das letzte Wort über die Zwangsanleihe ist noch lange nicht gesprochen. Es wird sich aber bald herausstellen, daß in der Anleihefrage das wirtschaftliche Parlament und nicht das politische auf dem richtigen Wege gewesen ist.

### „Freundliche“ Stimmung — 1 Zentner Heu 190 Mk.

Einer der letzten Börsenberichte des „Berliner Tageblatts“ beginnt mit dem Satz: „Die freundliche Stimmung der gestrigen Börse hielt auch heute noch an.“ Das ist der neue von Befriedigung trübende Ton, in dem die Börsenorgänge von heute behandelt werden. In der Börse herrscht tatsächlich eine sehr, sehr freundliche Stimmung — für die Herren Spekulanten. Der Dollar, der im Friebein 4,20 Mk. kostete, stieg bis auf 278 Mk. Die Industriepapiere brachten ihren Inhabern schwere Gewinne und erreichten bisweilen, wie z. B. die Zeiger Maschinen-Werke eine Steigerung auf 350 v. H. oder das 3/4fache ihres Nominalwertes. Das Kilogramm Elektrolytkupfer stieg auf 80,20 Mark, der Zentner Weizen auf 692 Mk., der Zentner Kleie auf 400 Mk., der Zentner Haferstroh auf 70 Mk., der Zentner Heu bis auf 190 Mark.

Das ist fürwahr ein sehr „freundliches“ Gesicht, das die Börse zeigt. Die breite Masse des Volkes wird allerdings ob der Preise, die dabei herausgekommen sind, an dem schmunzelnden Behagen der Börsenkreise und des „Berliner Tageblatts“ keinen rechten Geschmack finden können.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 20. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		18. März.	17. März.
Amsterdam	100 fl.	10664,30	10464,50
Büffel (Antwerpen)	100 Frs.	2467,50	2312,65
Kristiania	100 Kr.	4880,10	4849,15
Kopenhagen	100 Kr.	5969,—	5809,15
Stockholm	100 Kr.	7412,55	7227,75
Helsingfors	100 finn. Mk.	604,95	579,40
Rom	100 Lire	1468,50	1403,55
London	1 £	1242,25	1209,75
New York	1 Doll.	283,21	277,45
Paris	100 Frs.	2697,40	2512,45
Zürich	100 Frs.	5614,35	5394,55
Madrid	100 Pesetas	4485,50	4345,65
Wien	100 K.	4,08	3,98
Budapest	100 K.	34,86	180,80
Prag	100 K.	486,25	479,—

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsart	Fahrtzeit	Tage	Seh.
Angekommen am 17. März.							
D.		Dergitte	Petersen	Nyöping		1	
S.		Fremad	Sörensen	Bergenhus		1	
S.		Olta	Koll	Waigenhagen		1	
S.		Friedrich	Bagwardt	Odense		2	
S.		Berena	Päta	Korfb		3	
S.		Lindström	Wickström	Kalbing		2	
S.		Kallor	Albergen	Marital		2	
D.		Falkenstein	Hohlens	Helsingör		2	
D.		Wöiso	Schließer	Helsingör		2	
Angekommen am 19. März.							
D.		Negler	Holmberg	Dangö		61	
S.		Gliner	Henrichson	Lundam		2 1/2	
D.		Danseat 2	Jacobstam	Gaugelund		3	
S.		Ganni Maria	Komenien	Spanlund		1	
D.		Urgonia	Ziemann	Stockholm		2 1/2	
D.		Sedina	Ertmann	Immugdam		2 1/2	
D.		Rautine Daubus	Stahl	Stockholm		2 1/2	
S.		Nans	Dittmann	Kopenhagen		3	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Freireise Lübeck und Neuland Herrmann Bauer für Partei und Gewerkschaften August Schulz für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Unsere Schuhwaren!

Solid - elegant und vor allem - noch sehr preiswert!

## Herren

- Schnürstiefel** 175.<sup>h</sup>  
starke Strapazier-Qualität
- Halbschuh** 265.<sup>h</sup>  
Boxkalf, Derbyschnitt mit Riemen
- Schnürstiefel** 325.<sup>h</sup>  
Rochevreau, moderne Form
- Schnallenstiefel** 325.<sup>h</sup>  
Rindbox, in tadelloser Verarbeitung
- Schnürstiefel** 385.<sup>h</sup>  
Rindbox und Rochevreau, elegante Form

## Damen

- Spangenschuhe** 118.<sup>h</sup>  
bequeme Form, stark. Fabrik.
- Halbschuh** 175.<sup>h</sup>  
zum Schnüren und mit Spange, moderne Form
- Halbschuh** 195.<sup>h</sup>  
mit Spangen u. z. Schnüren elegante Straßenschuhe
- Schnürschuhe** 225.<sup>h</sup>  
Rochevreau und Boxkalf auch im Derbyschnitt
- Schnürschuhe** 275.<sup>h</sup>  
elegante schmale Form, mit u. ohne Lackkappen 376.<sup>h</sup>

## Kinder

- Schnürstiefel mit Lackblatt und Lackbesatz** 275.<sup>h</sup>
- Schnürstiefel** 325.<sup>h</sup>  
Rindbox, Derby, tadellose Paßform
- Schnürstiefel** 350.<sup>h</sup>  
Chevreau, mit Lackkappe und Hochschaft
- Schnürstiefel** 385.<sup>h</sup>  
Chevreau und Boxkalf, mit und ohne Lackkappe
- Schnürstiefel** 475.<sup>h</sup>  
Hochschaft, eleganteste Ausführung

- Babystiefel** schwarz und braun, Größe 18-20... 29.<sup>50</sup>
- Schnürstiefel** schwarz u. braun mit Absatz Größe 20-22... 45.<sup>h</sup>
- Schnürstiefel** Rindbox, besonders gute Qualität, Größe 27-30... 85.<sup>h</sup>
- Schnürstiefel** braun sehr stark. Fabrikat. Gr. 36/39 195.<sup>h</sup> Gr. 31/35 130.<sup>h</sup> 27/30 110.<sup>h</sup>
- Konfirm.-Stiefel** Größe 36-39, Derbyschnitt Rindbox... 245.<sup>h</sup>

**Einzelpaare: Damen- u. Herren-Stiefel - besonders billig**

# Holstenhaus

Lübeck \* Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. \* G. m. b. H.

## Lübecker Altershilfe.



In ganz Deutschland sammelt man in diesen Wochen Gaben für die notleidenden Alten.

Auch in Lübeck kennen wir diese Not. Wir haben in unserer Stadt viele alleinlebende alte Männer und Frauen, die in dieser Zeit hungern und frieren müssen, obwohl sie ihr Leben lang fleißig und sparsam waren. In mancher einsamen Stube, vor allem in den Stifftwohnungen, herrscht eine geradezu erschütternde Not. Und sie wacht noch von Tag zu Tag. Da müssen wir alle - ob wir auch schon so manches Opfer für Bedürftige brachten - nach Kräften mitzeln, um ihnen beizustehen, daß sie nicht in Elend zu Grunde gehen.

Zu diesem unerläßlichen Werk helfen die Güte rufen die unterzeichneten Vertreter aller Vereine, Parteien und Konfessionen die Bewohner Lübecks in Stadt und Land auf.

Woben nehmen alle Banten entgegen, ebenso die Geschäftsstelle, Königstr. 19, A. 8744.

- Bürgermeister Dr. Neumann, Ehrenvorsitzender. Senator Bramme, Vorsitzender.
- Senatoren Denker, Kellermann, Borchardt, Frau Elisabeth Bierkamp, Geschäftsleiterin.
- Wörner, Kaplan Büffel, Schriftführer.
- S. Alendorff, Rat Dr. Alendorff, Generaldirektor v. Alvensleben, Amtsbeamter Bagemühl, Ed. Behn, H. W. Behn, Arbeiter Beyer, Jusulide Blöss, Fräulein Ernst Bole, Generaldirektor Böttcher, Johannes Boye, Dr. von Brocken, Müller Busch, Kaufmann G. J. Glanzen, Charles Goleman, Wilh. Dahms, Gewerkschaftsleiter Dreger, Dr. Ing. B. Dräger, Eckhoff, Vorsitzender der Bürgerliste Ehlers, Fräulein Herm. Eschenburg, Ingenieur Ebbmann, Senator Dr. Ewers, Stadtmünde, Senator Dr. Ewers, Oberinspektor Faasch, Senator Dr. Jnc. Fischer, Amtsbeamter Fygeat, Sozial J. G. Febling, W. d. B., Ratsherr Heinsch, Rat, W. d. B., Generaldirektor Hitzmann, Senator P. Hoff, Direktor Hoffmann, Direktor Kora, Direktor Horasmann, Handelsangehelfer Jupp, Heinrich John, W. d. B., J. G. Junge, W. d. B., Eduard Jürgens, Syndikus Dr. Keibel, Rechnungsrevisor Albin, Erich Knebel, Frau Olga Koch, Ratsherr Köhl, Marie Koltze, W. d. B., Defononometur Lauenstein, Frau Charlotte Landau, Geschäftsführer Dr. Leber, Inspektor Jahn, Lehmitz-Drausemünde, Oberkonsulent Dr. Linnau, Direktor Dr. Link, Th. von Loß, Senator Paul Löwig, Sozial Mann, Geschäftsführer Oskar Mönig, Amtsbeamter Mollmann, Bagnard Dr. Meyer-Transjerg, Frau Direktor Dr. Möbusz, Ratsherr Meise, Generaldirektor Dr. Neumark, Bücherrevisor Heinar, Niemann-Schlump, Rechnungsrevisor Dr. Demler, Aloys Pedersani, Junge Christian Petersen, Generalrat Plassing, Stadtrat Dr. Plassing, Direktor Dr. Pieth, W. d. B., Obermedizinalrat Dr. Riedel, Dr. med. Rudolph, Ernst Schermer, W. d. B., Rektor Schulmerich, August Scholtz, Schriftführer Stavenhagen, Ratsherr Dr. Steffen, Geschäftsführer Heinar, Steinberg, W. d. B., Direktor Dr. Städt, Oberregierungsrat Dr. Starck, Frau Senator Strack, P. M. Tegtmeyer, Sozial Tesdorpf, Heinrich Thiel, Georg Thade, Inspektor Tarnitz, Sekretär Wegner, Ortsvorsitzender des L. u. G. S., Schriftführer Weiß, Kassierer Dr. Winter, Frau Maria Zimmermann, W. d. B.

## Un Lübecks Mütter, Frauen und Töchter!

Einziger Vortrag auf vielfachen Wunsch mit 50 Lichtbildern. Spreche über Laifachen, die den Frauen bisher vorenthalten wurden. Frauen haben heute mehr denn je nötig zu erfahren, wie mit ihrer Gesundheit und ihren Rechten gehandelt wird. Reichhaltiges Material wird gebracht. Aussprache.

## Sichtbilder-Vortrag für Frauen

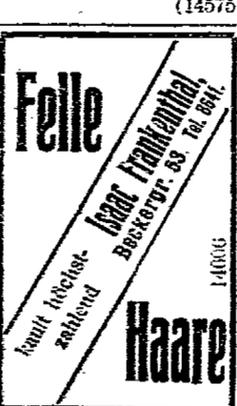
von Fr. Hanelt, Hamburg. Dienstag, den 21. März, 8 Uhr abds., im Lübecker Stadttheater, Marmorfaal. Mädchen unter 16 Jahren kein Zutritt.

- Zeit I: Krankheiten in Frauen- und Mädchenjahren.
- Zeit II: Knabe oder Mädchen? Was ist Wahres daran?
- Zeit III: Was die Frau wissen mußte.
- Zeit IV: Medizin und Politik. Außerst wichtig für jede Frau.
- Zeit V: Das Recht der Frau u. s. w.
- Zeit VI-XX: Die Hauptthemen des Vortrages können an dieser Stelle nicht gebracht werden. Näheres beim Vortrag.

Plätze: Numer. 10.- Mk., unnumer. 7.60 Mk., auschl. Steuer (Vorverkauf dringend empfohlen) b. Hinrich Buse, Breite Str. 55, Kaffeeöffn. 7 Uhr.

## Meine Frau war über 50 Jahre m. einer häßlichen Fiechte

Schaltel. Kein gelundes Fiedgen hätte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinal-Seife wurden die Fiechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Seife ist zuwenden wert. E. W. Dazu Zucker-Creme, nichtfettend und fetthaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.



## Konfitelei Starke Kaffeehaus

Königstr. 25. Täglich von 10 Uhr früh: Zeitliches Gebäud! Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (14591) Lieferung. auß. d. Hause f. schnellste Erledig.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck. Dienstag, den 21. März abends 7 1/2 Uhr.

## Mitglieder-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verbandsbeitragsserhöhung. 3. Bericht vom Ortsauschuß. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist ein recht zahlreicher Besuch erwünscht. (14605) Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

## Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 21. März abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

- Tages-Ordnung: 1. Beitragserhöhung. 2. Botenwahl. 3. Bericht vom Ortsauschuß. Die Ortsverwaltung.

## Sozialdemokr. Verein Lübeck.

(14574)

## 6. Distrikt.

Wienstag, den 21. März abends 7 1/2 Uhr bei Rieckhof, Genier Str. 54

## Bezirks-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Parteisekretärs Wolfardt.
- 2. Aussprache.
- 3. Wahlen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet.

## Der Distriktsführer (W. Wegener.)

## 10. Distrikt.

Wienstag, den 21. März abends 7 1/2 Uhr im Polierkrug

## Mitglieder-Versammlung

Wichtige Tagesordnung und Wahl der Bezirksleitung. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

## Der Distriktsführer (K. Maad.)

## Hansatheater.

Heute Montag 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male! Er und seine Schwester.

Dienstag 7 1/2 Uhr: 12. Borst. i. Dienstag-Abend. Prinzessin Olala.

In Vorbereitung: Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten von Gilbert. (14598)

## Stadttheater Lübeck

Montag, 20. März, 7.30 16. Borst. Konzert. Beethoven: 6. Symphonie. Strauss: Akademische Festouvertüre usw.

Mittwoch, 22. März, 7.30 30. Ab. Borst. Die Prinzessin. Operette in 4 Akten von Gilbert. (14598)

## Haltbare Schuhreparaturen

Karl Obst, Joh. Vogt, Brief 11b, Südring 90.

## Wo

verarbeiten Sie am besten für Eisen, Kupfer, Messing, Blei, alt Eisen, Leinwand, Papier, Fischerei usw.? Bei Törpet, Schwarz Allee 28, Telefon 1574.

## Gimberier

Dienstag von 9-6 Uhr nachmittags. H. Bade. (14597)

## Schüler Martin Salbe

1685. Beständiges Pflanzmittel bei Krankheiten der Pflanzen. In der Halle des Rathhauses (Eing. Gundebr.) Tagesordnung: (14599) Bericht über die Arbeit der Mitglieder.

## Schirm

reparatur. Ed. Tesmann, (14571) Handstr. 45.

## Generalversammlung des Vereins

Zentrale für private Fürsorge. am Mittwoch, dem 22. März, nachm. 6 Uhr, in der Halle des Rathhauses (Eing. Gundebr.) Tagesordnung: (14599) Bericht über die Arbeit der Mitglieder.

## Steppdecken

Anfertigung, Aufarbeiten u. Neubeziehen. Spethmann, Breite Str. 31 (14567)

## Freistaat Lübeck.

Montag, 20. März.

### Zum Streik auf dem Flenderwerk

nahm am Sonntag vormittag eine gemeinsame Versammlung des Ortsausschusses der hiesigen Gewerkschaften, die Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und der Afa Stellung. Der Antrag, eine Urabstimmung in den Gewerkschaften über einen Generalstreik vorzunehmen, wurde mit 142 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

### Ins Leben hinein.

Wieder einmal erfüllt sich bald die Zeit, die eine große Zahl junger Menschen vom Zwange der Schule befreit.

Wohl kaum ist heute eines darunter, für das die kommende Zeit volle Freiheit bedeutet. Den meisten haben wohl Arbeit und Sorge Pate an der Wiege gestanden. So müssen auch sie schon früh die Eltern durch Erwerb unterstützen. Stellennachweise oder Inserate vermitteln ihnen Arbeits- oder Lehrstellen. Wie traurig und elend sehen aber oft die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse aus! Wie wenig ist oft auch der Lehrherr in der Lage, dem jungen Mann und jungen Mädchen tatsächliches Wissen und kaufmännische Bildung zu vermitteln. Für viele Arbeitgeber ist eine Lehrkraft nichts anderes als eine billige Arbeitskraft. Die Lernenden oder jugendlichen Angestellten werden so angelehrt, daß sie dem Arbeitgeber in möglichst kurzer Zeit durch ihre Arbeitsleistung gute Dienste erweisen können. Das traurige Kapitel der „Lehrlingszucht“, die nicht nur für die Jugendlichen selbst, sondern auch für die erwachsenen Arbeitnehmer und die gesamte Volkswirtschaft eine große Gefahr birgt, ist ja überall bekannt.

Daher ist es notwendig, daß von berufener Seite eine Kontrolle über die Arbeits- und Gehaltsbedingungen der jungen Angestellten, Lehrlinge usw. erfolgt. Es muß dafür gesorgt werden, daß der junge, dem Kindesalter kaum entwachsene Mensch nicht bis in die späten Abendstunden hinein beschäftigt wird; eine gesunde Regelung des Urlaubs muß durchgeführt und Fortbildungsmöglichkeiten müssen geschaffen werden.

Diese Aufgaben und Forderungen können aber nur erfüllt werden, wenn die Eltern, und auch die Jugendlichen selbst, mehr Gewicht auf diese Notwendigkeiten legen und die Wahrnehmung ihrer Interessen ehrlichen Freunden übergeben. Neben den verschiedensten Gewerkschaften hat sich der Zentralverband der Angestellten durch Schaffung eines besonderen Jugendsekretariats die Erledigung dieser Erfordernisse zur Aufgabe gemacht!

Alle diese Institutionen rufen: Kommt zu uns, ihr Jungen und Mädels, die ihr in Bureau, Geschäften und Werkstätten tätig sein wollt; wir wollen euch helfen und beraten in der Schwere des Berufes! Wir wollen euch froh machen! Darum hinein in die Jugendabteilungen der freien Gewerkschaften.

### Rückgang des Brotverbrauchs.

In Berlin ist ein erschreckender Rückgang des Brotverbrauchs festgestellt worden. Die Ursache: Der hohe Preis! Die minderbemittelten Kreise können sich nicht einmal an trockenem Brote kaffee. Die Mehl- und Getreidepreise sind derartig gestiegen, daß zwischen deutschem und Auslandsgetreide kaum noch ein nennenswerter Unterschied besteht. Die Löhne und Gehalte freilich haben diese Bewegung nicht mitgemacht, sie sind von Weltmarktsverhältnissen noch sehr weit entfernt. Das Einkommensverhältnis zwischen Lohn und Weltmarktspreis wird ausgedehnt durch Hunger.

In offiziellen Berliner Feststellungen wird erklärt, daß der Verbrauch von Weizenmehl seit drei Monaten von Woche zu Woche zurückgegangen ist. Den besten Beweis für diese Tatsache bilden die Arbeitslosenzahlen im Bäckergewerbe, die eine ständig ansteigende Kurve aufweisen. In der letzten Woche sind wiederum über 60 Bäckerstellen entlassen worden, und prozentual dürfte

heute in keinem andern Gewerbegebiet die Arbeitslosigkeit so groß sein wie in den Bäckereien. Das Publikum ist heute nicht mehr in der Lage, markenfrees Gebäck abzuschmecken, und so ist, wie statistisch festgestellt werden konnte, der Bedarf selbst großer Bäckereien von 10 bis 12 Sack Weizenmehl, das sonst für markenfrees Gebäck verbraucht wurde, in der Woche bis auf einen halben Sack zurückgegangen. Eine Großbäckerei, die 35 Gezeiten beschäftigt, sieht in den letzten beiden Wochen kaum mehr als 100 markenfrees Brote in der Woche um.

Der Rückgang macht sich zwar ausschließlich im markenfrees Gebäck bemerkbar, er bedeutet aber eine allgemeine Mindererung des Brotverbrauchs. Kartoffeln können sich die Lohn- und kleinen Gehaltsempfänger auch kaum mehr kaufen. Was die Menschen noch essen sollen, wie sie leben sollen, dies Rätsel wird ihnen an jedem Tage von neuem aufgegeben. Das ist in Berlin so und in Lübeck nicht viel anders. Das Volk arbeitet, müht sich Tag für Tag und hat nicht einmal die notwendigen Nahrungsmittel.

Keine Sonntagskarten an der Strecke Kiel-Lübeck. Auf eine Eingabe der Kieler Handelskammer an den Reichsverkehrsminister, die Ausgabe von Sonntagskarten auf der Strecke Kiel-Lübeck nach jeder Richtung hin zu genehmigen, hat der Reichsverkehrsminister folgenden Bescheid erteilt: „Die von der Eisenbahndirektion Altona angegebene Gesichtspunkte treffen zu und entsprechen den Richtlinien, die von mir für die vorläufig versuchsweise zugelassene Einführung der Sonntagskarten gegeben worden sind. Die billigeren Preise der Sonntagskarten sollen vorerst nur den Bewohnern der großen Städte zu Gute kommen und ihnen auch nur, soweit diese Städte ohne landwirtschaftlich reizvolle Umgebung sind. Ob für den kommenden Sommer eine Erweiterung der Ausgabe von Sonntagsfahrkarten in Aussicht genommen werden kann, unterliegt noch weiterer Prüfung. Für Fabriken nach den Großstädten, wie Kiel, sind Sonntagsfahrkarten auch früher nicht ausgegeben worden. Die Ausgabe vom platten Lande oder von kleinen Städten nach Großstädten kann auch für die Posten schon deshalb nicht in Frage kommen, weil sie dann einen solchen Umfang annehmen würde, daß damit eine allgemeine Fahrpreisermäßigung für Reisen an Sonntagen erreicht würde, die im Hinblick auf die Wirtschaftslage der Reichsbahn und aus betrieblichen Gründen unterbleiben muß.“

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 27. d. M., abends 6 Uhr statt.

August Meyenburg †. Wieder ist einer der alten Parteiteranen aus unserer Mitte durch den Tod gerufen worden. August Meyenburg ist am Freitag gestorben. 32 Jahre hat er der Partei angehört. Während dieser Zeit ist der Verstorbenen immer tätiges Mitglied gewesen und hat in den schwersten Kämpfen seinen Mann gestanden. Die jungen Parteigenossen werden ihn nicht so kennen, wie die alten, die sich seiner gerne erinnern werden. Die Lübecker Arbeiterschaft wird seiner ehrend gedenken.

Keine Entlassung der Kriegswitwen aus dem Postdienst. Uns wird geschrieben: Auf die Anfrage, ob die jetzt noch im Post-, Telegraphen- und Fernsprekdienst tätigen Kriegswitwen demnächst sämtlich entlassen würden, sind jüngeren Kräften, die für die Beamtenurlaubbahn vorgelassen sind oder vorausbildet werden sollen. Plak zu machen, teilt die Oberpostdirektion mit, daß eine derartige Maßnahme weder jetzt noch in absehbarer Zeit in Aussicht genommen ist. Es haben zwar infolge Rückgangs des Verkehrs seit einiger Zeit Entlassungen von Aushilfskräften in größerem Umfang vorgenommen werden müssen, hierbei sind aber die vom Reichswirtschaftsministerium nach sozialen Gesichtspunkten aufgestellten Richtlinien beachtet worden. Danach werden hinsichtlich der Kündigung des Dienstverhältnisses die Kriegswitwen mit zu verlorengelassenen Angehörigen ebenso behandelt wie die Kriegsbekleideten, und die Entlassung erfolgt erst nach Anhörung des örtlichen Beamten- und Arbeitsausschusses.

Die Bevölkerungsbewegung in der Stadt Lübeck im Jahre 1921. Lübeck hatte Anfang 1921 118709 Einwohner. Im Laufe des Jahres kamen 2734 hinzu und zwar 817 durch Geburtenüberschuss, 1218 durch Wanderungsgewinn und 699 durch Eingemein-

dung zweier Dörfer. Unsere Stadt ging also mit 121443 Einwohnern ins Jahr 1922 hinein. Geboren wurden 1921: 2505 (1920: 2716) Kinder, gestorben sind 1688 (1854) Personen, zugezogen 19114 (23946) und weggezogen 17896 (20755). Die Geburtenhäufigkeit nimmt wieder ab (211 weniger als 1920), es war das vorauszusehen, aber auch die der Sterbefälle ist erfreulicherweise um 166 hinter der von 1920 zurückgeblieben. Ehen wurden 1484 geschlossen, im Vorjahre waren es 1842, also erheblich mehr. Auch dieser Abfall war zu erwarten. Im Vergleich zum Friedensdurchschnitt ist die Ehezeiffer aber noch immer eine hohe, während die Sterbe- und insbesondere die Geburtenzeiffer sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege vermindert haben.

Die Bescheidnisse der Postämter bei den Postfachämtern im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1922 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postfachämter erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Postfachamt unter Abbuchung des Preises, auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postfachamt sichern.

Die Teuerung in den einzelnen Städten. Die Teuerungszahlen liegen jetzt aus den Gemeinden mit Eldienst vom Februar vor. Sie betragen u. a. in Berlin 1992 M., in Hamburg 2192, Köln 2131, München 2001, Leipzig 1994, Dresden 1961, Breslau 1948, Eilen 1971, Frankfurt a. M. 2258, Nürnberg 2001, Stuttgart 1826, Chemnitz 1856, Dortmund 1923, Magdeburg 1859, Königsberg i. P. 1758, Bremen 1887, Sietlin 1783, Mannheim 1965, Kiel 2052, Augsburg 1770, Wachen 2497, Braunschweig 1740, Karlsruhe 2048, Lübeck 1993. Darmstadt 1958, Frankfurt a. D. 1847, Schwerin 1713, Göttingen 1668, Marienwerder 1512.

ph. Wegen mehr verschiedener Betrugsfälle wurde der bereits vorbestrafte Handlungsgehilfe und Provisionreisende Walter K. . . . r von hier festgenommen. Der Festgenommene war hier für ein Zigarrengeschäft als Provisionreisender tätig. Als solcher hat er teils Lieferkäufe gefällig und die ihm zustehende Provision auf die von ihm finierten Bestellungen erhoben, teils hat er sich bei Bestellern von Waren Vorläufe neben lassen und diese für sich verbraucht, ohne davon seinem Arbeitgeber Mitteilung zu machen. Ferner hat er einen Musterkoffer mit Tabakwaren zu seinem Vorteile verpfändet.

ph. Nach Unterschlagung von 20 000 Mk. vom Nachteil seines Lehrherrn wurde der Kaufmannschilling Felix Peterken aus Lützenburg flüchtig.

Kronsfelde. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonnabendabend seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Gen. Walfradi-Lübeck hielt einen Vortrag über den Ausgang der Revolution 1848. Im Verchiedenen wurde angeregt, ob es nicht möglich sei eine öffentliche Versammlung einzuberufen um den Genossenschaftsdanken auch in die Landbevölkerung hineinzutragen. Weiter wurde lebhaft kritisiert, daß den Schiefern und Bucherern noch immer das Handwerk nicht abgeht ist. Ein Antrag, sich mit dem Konsumverein in Verbindung zu setzen zwecks Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, eine Matinee abzuhalten. Die Versammlung war gut besucht.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Im Dienstag-Abonnement wird zum ersten Mal „Der Barbier von Bagdad“, komische Oper von B. Cornelius gegeben. Die Titelfolge trägt Herr Höllriegel. Der zweitaktigen Oper folgt die Ballettsopernomime „Zaira“.

Die Generalversammlung des Vereins Zentrale für private Fürsorge findet am 22. März, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Katharineums statt (Siehe Inserat).

Ein Lichtbildervortrag findet am Dienstag im Marmoraal des Stadttheaters statt. (Siehe Inserat).

## Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyn.

13. Fortsetzung.

Annemarie wurde durch diese neue schmerzliche Erfahrung in eine seltsame Aufregung verlegt. Es tat ihr weh, daß sie eine Uneinigkeit zwischen Eltern und Sohn gestiftet haben sollte, deren Ende nicht abzusehen war. Dann aber sagte sie sich: „Diese Leute sehen also die Heirat zwischen mir und Ludwig für eine solche Schande an, daß sie lieber unglücklich sein wollen, als sie ausgeben! Sie heißen mich ein schlechtes Mädchen und sagen Äußerungen über mich, sie halten es also in gar keiner Art für möglich, daß ich einmal ihre Schwiegertochter werden könnte!“ Ein Gedanke durchzuckte sie, sie stand auf und tat einige Schritte. Plötzlich hielt sie an; eine Erwägung hatte sich dem Vorfall entgegen gestellt, sie ging still wieder zu einer Arbeit. — Ihre Seele war von da an eine Beute des Zweifels. War sah sie in Unruhe umhergehen oder tief in Gedanken stehen. Regine überraschte sie einmal, wie sie bittere Tränen weinte.

Die einzige Person unserer Bekanntschaft, welche bei dieser Verwicklung ihre Ruhe behielt, war der Pfarrer. Diese Ruhe war jedoch gegründet auf wahre Teilnahme und auf den Entschluß, das zu unterstützen, was er für das Bessere hielt. Noch hatte er sich nicht entschieden, wie er eingreifen sollte. Aber er unterrichtete sich fortwährend über die Lage der Dinge und lebte des festen Glaubens, seine Pflicht werde sich ihm deutlich vor Augen stellen, so daß er über sie und über die Art ihrer Erfüllung nicht mehr in Zweifel sein könnte.

Eines Morgens überdachte er eben diese Dinge, als an die Tür seines Zimmers, im oberen Stock gelegenen Studierzimmers geklopft wurde. Auf sein „Herein“ erschien Annemarie. Sie sah angegriffen aus, wie wenn sie wenig geschlafen und viel quälende Gedanken gehabt hätte; aber in ihrem ganzen Wesen drückte sich die Ruhe eines gefassten Entschlusses aus. Nachdem sie mit ernster Anmut einen Knicks gemacht und den Morgengruß gesprochen hatte, sagte sie: „Ich hätte was mit Ihnen zu reden, Herr Pfarrer, wenn ich Ihnen nicht unangenehm komme.“ — Der alte Herr, innerlich erfreut, erwiderte freundlich: „Nein, mein Kind; sag mir, was du auf dem Herzen hast!“

Annemarie, durch ihren Vorfall über die einem jungen Mädchen gewöhnliche Schüchternheit erhoben, begann mit nur leiser Stimme: „Sie wissen, Herr Pfarrer, was es beim Angerbaner gewesen hat und wie ich dabei ins Geschrei gekommen bin. Ich will Ihnen die Geschichte nicht wiedererzählen; sie wird Ihnen bekannt sein — man hat ja so viel darüber gesprochen! Nun hab' ich aber dieser Tage gehört, sie lagen beim Angerbaner, ich allein sei an allem schuld und ich habe den Ludwig verführt. Herr Pfarrer“ — sagte sie, indem ihr Ton sich veränderte und ihre Augen

gen sich höher röteten, „ich kann Gott zum Zeugen anrufen, daß das nicht wahr ist! Wir haben uns eben beide von Anfang an gern gesehen, und — Sie wissen ja, wie's geht, wenn man sich gern sieht und eine Person einem die Liebste ist auf der Welt. Ich hab' ihn halt liebhaben müssen, grad wie er mich, und so ist's gekommen, daß wir uns endlich geliebt haben, wir wollen nicht voneinander lassen und uns treu bleiben, bis wir mit Gottes Hilfe zusammenkommen. Wegen dieses Verspruchs ist Ludwig mit seinem Vater in Streit geraten und dient jetzt als Knecht. Ich hab' das nun vorausgesehen, aber wenn ich's vorausgesehen, was hab' ich tun können? Ich will Ihnen bloß sagen und will's vor Ihnen beschwören, daß ich ihn nicht verleitet habe. Er hat sich einmal seinen Eltern zuliebe fremd gegen mich gestellt und mich nicht mehr angehen, und ich bin ihm zu dieser Zeit nicht nachgegangen, wie jeder weiß, sondern ich bin ihm ausgewichen. Ich hab' ihn nicht wieder gesucht, er hat mich gesucht — und das ist die Wahrheit!“

Der Pfarrer, betrachtete teilnehmend das Mädchen, dessen Augen in dem Feuer gerechter Selbstverteidigung erglänzten, und sagte: „Ich alabaue dir und weiß es, mein Kind.“ Annemarie, ihm dankbar ansehend, fuhr fort: „Ich hab' das nicht gesagt, als ob ich gar keine Schuld haben wollte. Ich hab' jederzeit empfunden, daß es Verdruss geben würde, recht viel Verdruss; und daß die Angerbauersleute recht böse auf mich sein würden. Aber, Herr Pfarrer, wenn Sie gesehen hätten, wie out der Ludwig gegen mich war und wie er mich ansah — wenn Sie gefürht hätten, was er noch auf der Nordländer Messe zu mir gesagt hat, Sie würden mir's gemiß nicht so übelnehmen, daß ich ihm zur Antwort gegeben habe: ich wolle ihm gehören und die Seine ewig bleiben, so lang ich lebe! — Es ist eben,“ setzte sie mit einem Seufzer hinzu, „etwas in uns, das mehr Gewalt hat als unser Wille und unsere Sorgen.“

Der Pfarrer nickte mit ernster Miene, die Tatsache zugehend. Dadurch ermutigt, aua das Mädchen in ihrer Rede weiter und hatte in lebenswürdigem Selbstgefühl: „Ich will's Ihnen aufrichtig bekennen, Herr Pfarrer: ich denke nicht so gering von mir, sondern halte auch etwas auf mich. Ich komme von braven Leuten her und glaube, daß ich keiner Familie Schande machen würde. Ich hab' etwas gelernt und bin ein ordentliches Mädchen gewesen mein Leben lang. Da hab' ich nun gedacht, wenn ich auch keine Bawernstochter und nicht so reich bin, so bin ich doch diejenige, mit welcher der Ludwig am glücklichsten leben würde. Und ich hab' gedacht, sein Vater würde das am Ende einsehen und nachsehen. Aber“ — fuhr sie nicht ohne Bitterkeit fort — „das ist eben der Gedanke, den ich mir nicht vergeßen kann. Ach, Herr Pfarrer, das Geld ist alles und der Stand ist alles, und die Tugend ist nichts! Man redet wohl so, als ob die Tugend und die Liebe auch etwas wären, aber wenn's drum und dran kommt, gelten sie doch nichts. Wenn er Mädchen keinen Bestand und keine Art hat, aber Geld und Gut, dann ist sie die Rechte. Wenn eine sich aber auf andere Dinge etwas zu Gute tun will und merken läßt, daß diese ebensoviel wert sind wie Gut und Geld, dann hält

man sie für verrückt!“ — Weber ihren Eifer und den letzten starken Ausbruch errötend, setzte sie hinzu: „Verzeihen Sie, Herr Pfarrer!“

Der alte Herr lächelte und sagte: „Du hast nicht ganz unrecht, Annemarie. — Aber nun sage, was begehrt du von mir? Worin kann ich dir helfen?“ — „Herr Pfarrer,“ versetzte das Mädchen, indem sie sich augencheinlich zusammennahm, „ich bin zu Ihnen gekommen, weil ich Ihnen sagen möchte, was ich bei mir ausgeführt habe. Der Ludwig hat mir Lieb' und Treu' versprochen für alle Zeit. Er hat's freiwillig getan und mir's zugeschworen bei allem, was heilig ist. Ich könnte also ruhig sein und zusehen, wie der Streit ausginge. Ich hätte nur mein Versprechen zu halten, wie ich's ihm gegeben hab', und könnte das andere Gott überlassen. Aber“ fuhr sie bewaeter fort, „ich will diese Leute nicht ins Unglück bringen, wenn sie's dafür nehmen, und ich bilde mir viel zu klar, als daß ich mich einer Familie aufnötigen möchte, die mich nicht haben will. Ich kann's nicht ertragen, Herr Pfarrer, daß die mich verachten, die ich allezeit lieb und wert gehalten hab', und darum will ich jetzt tun, was ich mit gutem Gewissen tun kann.“

Sie hielt ein wenig inne, nahm sich nochmals mit offener Anstrengung zusammen und sagte dann mit einem Tone, dem sie vergebens die erste Festigkeit zu verleihen suchte: „Ich will dem Ludwig sein Wort zurückgeben, er soll von mir aus frei sein und tun können, was er will. Er soll noch einmal die Wahl haben, ob er mich lassen und keinem Vater nachgeben will oder nicht. Ich will durchaus nichts dagegen tun und ihm in keiner Art hinderlich sein, wenn er glaubt, daß er mit einer andern sein Glück findet. Aber das ist, dann will ich sorgfältig von hier, daß ich ihn nicht mehr seh' und er mich nicht mehr. Ich hab' einen Vetter bei Stuttgart, der wird mich zu sich nehmen. Ich will nichts mehr nach mir hören lassen, und es soll grad so sein, als ob ich nicht mehr auf der Welt wäre. Ich will für meinen Teil“ — — — Aber damit war die Kraft des guten Mädchens zu Ende. Ihr Mund zuckte, die Stimme verlor sie, Tränen waren in ihre Augen getreten. Sie gab sich Mühe, das Weinen zu verhindern, und kämpfte schließlich dagegen an, aber doch rollten ein paar große Tropfen über ihre Wangen. Indem sie ausfuhrte, was gekränkter Stolz und Grollmut sie tun hieß, glühte die heisseste Liebe zu ihrem Ludwig in ihr auf; indem sie den Geliebten freigeben wollte, kammerte sie sich an ihn mit einem schmerzlichen innigern Gefühl als je vorher.

Der Pfarrer erkannte das und sah mit Rührung auf sie, wie sie da stand und ihre Tränen fließen ließ. Er wußte das Herkommen, den Brauch der Welt zu schätzen, denn er kannte die äußeren Gründe, auf denen er ruht. Er wußte, daß am besten sich Gleiches zu Gleichem gestellt, daß das alteiche Vermögen und die alteiche Stellung mit dem alten Gefühl davon sehr bedeutende Mittel zu einer guten Ehe sind. Aber er wußte auch, daß das Recht der äußeren Ordnung keine Grenzen hat, und daß es Ange gibt, vor welchen sie sich begeben zurückstellen muß.

(Fortsetzung folgt.)

### Der Streit auf dem Flandernwert beendet.

Bei der heute vormittag von den Streitenden vorgenommenen Abstimmung wurden 533 Stimmen für Beendigung des Streiks und 662 Stimmen dagegen abgegeben. Ungünstig waren 30 Stimmen. Insgesamt sind also 1225 Stimmen abgegeben worden. Der Streit ist, da keine Dreiviertelmehrheit für die Weiterführung vorhanden ist, somit beendet.

### Angrenzende Gebiete.

Gr. Grünau. In einer öffentlichen Versammlung sprach am Sonnabend Parteisekretär Gen. Weiß. Nebenher schilderte die Kämpfe seit dem November 1918. Im Kernpunkt dieser Kämpfe, deren Ende noch nicht abzusehen ist, steht und hand die sozialdemokratische Partei. Beschleunigt könne dieser Kampf nur werden durch engeren Zusammenschluß und Festhalten an den Grundgeden der sozialdemokratischen Partei. An der Aussprache beteiligte sich der Kommunist Wriedt. Es muß gesagt werden, daß derselbe sehr sachlich sprach, wenn seine Ausführungen auch etwas lang waren. In seinem Aufschlußwort sagte Gen. Weiß: Wenn die Arbeiter und die Sozialdemokratie unterzeichnen könnte, würde der Bannfluch Moskows nicht lange auf sich warten lassen. Oder sollte Wriedt uns kein wahres Innere verschlossen haben? Nachdem Gen. Weiß noch einige Ausführungen richtig stellte, schloß Gen. Heinz. Puls die gut besuchte Versammlung. Hieran wurde eine Ortsgruppe des sozialdemokratischen Vereins gegründet und folgende Getreiden in den Vorstand gewählt: Heinrich Harms als Vorsitzender, Karl Lange als Kassierer und Teatmeyer als Schriftführer. Beschlungen wurde noch, nächste Woche gleich eine Mitgliederversammlung einzuberufen, in der alles Geschäftliche erledigt werden soll. Wir begrüßen den neuen Kämpfer als weiteres Glied im Streite für den Sozialismus.

Gleschendorf. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Gleschendorf ereignet. Als der Zug der Lübeck-Segeberger Kleinbahn am Sonnabend vormittag die Weiche passierte, erlitt er einen Mann und zermalmte ihn. Wie sich später herausstellte, war es der Tischlermeister Rohde aus Segeberg. Man nimmt an, daß R., der eine kurze Strecke den Bahndörper benutzt hat, im Nebel und in der Dunkelheit das Betreiben des Zuges zu spät bemerkt hat und dann nicht mehr rechtzeitig hat ausweichen können.

Ratzeburg. Tarifänderung der Fortarbeiter im Lande Ratzeburg. Von der Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes\* Neufriedrich-Schloß wird uns geschrieben: Zu § 5 des Tarifes für vollkräftige Männer pro Arbeitsstunde 7.50 Mt., für vollkräftige Frauen pro Arbeitsstunde 4.80 Mt.

Betreffs Stückpreise:

Sortimente	Hartholz	Weichholz
Raubholz Klasse A	pro fm 20.—	—
Wald- und Nußholz in Stämmen	18.—	12.—
Rohkamm	pro Stück 2,10	2,10
Stangen 1. Klasse	1,90	1,90
2.	1,90	1,90
3.	1,10	1,10
4.	48.—	48.—
5.	30.—	30.—
6.	17.—	17.—
Ausführung	100	100
Stücklofen	pro rm 29.—	24.—
Stückrollen 1. Klasse	29.—	24.—
1. 2 m lang	29.—	24.—
Brennlofen, gespalten	26.—	22.—
Brennlofen, gespalten, 2 m lang	23.—	22.—
Knorholz, ungepalten	22.—	17.—
Wahlholz, ungepalten, 2 m lang	22.—	17.—
Knobel	22.—	20.—
Reiser 1. Klasse	16.—	15.—
2 u. 3. Klasse (Huber ist 4 m)	5.—	5.—

Conti wie bisher.

Hamburg. Gründung des Hanja-Kanal-Vereins. Mittwoch versammelten sich in der Börse Vertreter aller Berufs- und Wirtschaftskreise, um zur Gründung des Hanja-Kanal-Vereins zu überlegen. In Bremen, Gießen, Hannover, Münster, Osnabrück bestehen bereits Vereine oder werden geschaffen. Die Handelskammern Altonas und Harburgs haben den Plan des Kanals genehmigt. Besprechungen der Vertreter der Hanjastädte erzielten Einmütigkeit darüber, daß die Propagierung der Idee bei der Reichsregierung den Landesregierungen, die Verarbeitung unter der Öffentlichkeit den Vereinen zufalle, ferner war man darüber einig, daß der Kanal in gemischt wirtschaftlichen Betrieb

genommen werde. Die Sitzungen des Vereins sehen Verkehrs-möglichkeiten für 1000-Tons-Schiffe vor. Der Kanal soll in der Nähe von Bramsche vom Ems-Weser-Kanal abzweigen, bei Ahina die Weser kreuzen und dann zu den Elbehäfen führen. In den Vorstand wurden Vertreter der Handelskammern Altonas und Harburgs, der Wasserbauverwaltung Hamburg und des Handels, der Industrie und Schifffahrt gewählt.

Hamburg. Zwei tödliche Unfälle im Hafen. Bei der Lötung von Papierballen an Bord des Dampfers „Wirttemberg“ wurde der Schaueremann Capitens von einem ausschlagenden Bolzen getroffen und erheblich verletzt. Er kam ins Hafenkrankenhaus und ist dort infolge Verblutung gestorben. — Im Kohlenhafen wurde der Gelegenheitsarbeiter Anken beim Kohlenhaufen an Bord des Dampfers „Garshall“ vom Kohlen-greifer getroffen und berart schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Altona. Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen ist vom Magistrat und im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Einigungsamtes wie folgt festgesetzt worden: Für Wohnungen, Läden unter 1000 Mark Friedensmietwert, Werkstätten und ähnliche Räume 110 Prozent der Friedensmiete. Sofern der Vermieter vertraglich Treppenhauseinigung und Treppenhauseinrichtung oder beides zu liefern hat, erhöht sich dieser Satz um 10 Proz. der Friedensmiete für jede dieser Leistungen.

Für Läden mit 1000 M. und mehr Friedensmietwert. Kontore und ähnliche Geschäftsräume sowie für Automobilgaragen 140 Prozent der Friedensmiete. — In Hamburg hat man für Wohnungen eine Mietsteigerung von 100 Prozent festgesetzt.

Schwerin. Erhöhung der Kartoffelpreise. In Schwerin fehlte der aus Landwirten, Verbrauchern usw. bestehende Ausschuß den Erzeugerpreis pro Zentner Kartoffeln ab Verladestation auf 120 Mark für rote, gelbe und weiße Ware fest.

Gestemünde. An einem Rollmops erstickt. Der Händler Hinzner bestellte sich in einer Bremerhavener Wirtschaft einen Rollmops und ließ hinein. Wälsch begann er zu husten, fiel um und verlor das Bewußtsein. Ein Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes infolge Erstikung feststellen.

Stade. Das Spiel mit der Schußwaffe. In Blumenthal veranbaltete der Sohn des Lehrers Brinkmann zusammen mit einem jungen Lehrer namens Mener ein Probe-schießen mit einem Revolver nach einem Pfahle. Er wollte nachsehen, ob ein Schuß getroffen hatte. Dabei entlud sich die Waffe, die er in der Hand hielt, und der Schuß ging ihm durchs Herz. Der Arzt konnte keine Hilfe mehr bringen. — Von der Trans-mission erfaßt. Der Sohn eines Schiedemeyers in Mut-sum wollte auf einem laufenden Motor einen Riemen aufleeren. Dabei wurde er von der Transmission erfaßt und in die Höhe gerissen; ihm wurde ein Arm a la t a b g e r i s s e n

## Universtitätstocher.

Bugenhagen und Melchior Hofmann in Lübeck und Schleswig-Holstein.

Vortrag von Professor G. Ficker.

M. Hofmann und Joh. Bugenhagen verörperten in gewisser Weise die geistigen und religiösen Strömungen in der Reformationszeit, die im evangelischen Lager zeitweise um die Herrschaft ringen. Diese Strömungen waren schon in den Wittenburger Anreden der Jahre 1521/22 aneinander geraten, die für Luther der Anlaß wurde, aus seiner ihm augenwärtigen Zurückge-zogenheit von der Öffentlichkeit mit freiem Entschlusse heraus-zutreten, seinen Aufenthalt auf der Wartburg zu beenden und sein gefährdetes Werk sicher zu stellen. Auf der einen Seite ist es der mit der Wirklichkeit rechnende, auf Wortlaut und Sinn der Bibel sich stützende, die geschichtlichen Bildungen würdigende, immer das Zentrum der Religion in den Vorbergrund stellende schöpferische Geist, der sich in Luther und seinem treuen Schüler Bugenhagen verkörperte, auf der anderen Seite der geschichts-lose, den eigenen Verstand über den Verstand der Bibel lebende, sich in phantastische Deutungen der Bibel verwickelnde, auf Neben-bedinge der Religion sich verwickelnde und darum doch trotz aller guten Absichten nur zerstörende Geist, wie er bei einem Schwärmer wie M. Hofmann Gestalt gewinnt. Schon dessen Auftreten in Lübeck Anfang 1527 hatte die bedenklichen Seiten seines Wirkens gezeigt, doch wurde er genötigt, die Stadt bald zu verlassen. Größer waren die Unruhen, die er von Kiel aus in Schleswig-Holstein erregte. Auf dem Religionsgespräch in Hilsenburg 1529 wurden die Gegensätze zwischen ihm und Bugen-hagen ausgetragen. Hofmann mußte das Land verlassen und nun war die Bahn frei für die Aufrichtung eines lutherischen Kirchenwesens, das den Forderungen der modernen Zeit in wahr-haft großzügiger Weise Rechnung trug, dabei aber nicht den Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung verlor und nicht den Boden der Wirklichkeit verließ. Das sind auch die charakteristischen Eigenschaften der Kirchenordnung Bugenhagens, die von Rat und Bürgerschaft Lübecks 1531 angenommen wurde, und der Schleswig-Holsteinischen Kirchenordnung von 1542, die den Abschluß der großen organisatorischen Tätigkeit Bugenhagens bildet. Die Kirchenordnungen erwiesen sich als so brauchbar, so modern, von so lebendigem schöpferischem Geist erfüllt, daß auf ihnen der kulturelle, geistige, religiöse, kirchliche Fortschritt der kommenden Jahrhunderte beruhte. Mit der Aufrichtung die-ser und anderer von Bugenhagen organisierten lutherischen Kirchenwesens wurde zudem eine Gemeinamkeit der Hebrerzeugun-gen in einem großen Teile Norddeutschlands hergestellt, die an-dauerte bis auf diesen Tag.

Grundtatsachen des Baiszioproblems.

Vortrag von Professor Dr. Friedrich Hoffmann.

In den einleitenden Betrachtungen behandelte der Vor-tragende einige Probleme der allgemeinen Geldlehre, soweit ihre Darstellung für das Verständnis der Baiszifragen erforderlich ist. Die Funktionen des Geldes werden eingeteilt in wirtschaftliche und rechtliche. Die wirtschaftlichen Funktionen gruppieren sich um die Eigenschaft des Geldes als allgemeines Zahlungsmittel. Unter den rechtlichen Funktionen des Geldes ist die wichtigste die Funk-tion des Geldes als gesetzliches Zahlungsmittel. Darauf behan-

delte der Vortragende das Problem der Währung. Währung ist die Regelung des gesamten Geldwesens durch den Staat; im engeren Sinn versteht man darunter die staatliche Regelung des Geldwesens, soweit das Geld in unbeschränkter Menge gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Frage, ob das Geld einen Stoffwert haben soll, ist sehr bestritten; rechtlich braucht das Geld keinen eigenen Wert zu haben. Man unterscheidet Metallwährung und Papierwährung. Die Metallwährung war vor dem Kriege die herrschende in der Welt (Goldwährung, Silberwährung und Doppelmwährung). Es wurden nun die Voraussetzungen der Gold-währung erörtert. Die Grundlage der Goldwährung muß ein möglich freier Goldverkehr sein. Der Wert des Goldes ist nicht stabil, sondern er ist abhängig von Veränderungen sowohl auf Seiten der Waren als auch auf Seiten des Goldes selbst. In letzterer Hinsicht spielt die Goldmenge eine bedeutende Rolle. Jede Vermehrung des Goldumlaufs führt zum Sinken der Kaufkraft des Goldes, d. h. zu einem Steigen der Warenpreise.

Der Krieg hat die Grundlagen der Goldwährung völlig er-schüttert. Die Kriegsgeldschöpfung brachte in allen in den Krieg verwickelten Staaten die Aufhebung des freien Goldverkehrs. In Deutschland wurde z. B. die Goldausfuhr gesetzlich verboten. Die Einlösungspflicht der Reichsbank wurde aufgehoben. Dadurch entstand eine Papierwährung, indem entweder Bankpapiergeld oder Staatspapiergeld den Verkehr beherrschte. An Hand von Sachbildern wurde diese Entwicklung in der ganzen Welt geschildert. Die Entwicklung der Währungsverhältnisse in Deutschland wurde auf Grund der Reichsbankausweise durchgesprochen.

Im zweiten Teil wurde das Problem des Papiergeldwertes behandelt. Dieser Wert beruht zum Teil auf idealen Momenten; der Kredit, das Vertrauen in die Erhaltung der Kaufkraft des Papiergeldes ist der bestimmte Faktor. Indessen haben auf diese idealen Momente reale Größen starken bestimmenden Einfluß; z. B. die Menge des umlaufenden Geldes, die Gestaltung der Zahlungsbilanz des Staates und die allgemeine wirtschaftliche Lage. Durch zahlreiche Sachbilder erklärte der Referent im Anschluß daran die Zusammenhänge zwischen der äußeren und inneren Kaufkraft, wobei er immer die deutschen Verhältnisse in Be-ziehung zu der Weltwirtschaftsfrage leitete.

Zum Schluß wurde eine kurze Uebersicht über die Vorkämpfer zur Wiederherstellung geordneter Weltvalutaverhältnisse ge-geben, wobei der Vortragende besonders betonte, daß die Stabilisierung der deutschen Valuta kein innerweltwirtschaftliches deut-sches, sondern ein internationales Problem sei.

Der Zusammenhang von Körper und Seele und seine experimen-telle Erforschung.

Vortrag von Professor Höber.

Der Vortrag wurde nicht, wie sicherlich sehr viele Hörer er-wartet hatten, vom Standpunkte des Experimentalspsychologen, sondern von dem des Physiologen, des Mediziners gehalten. Der Vortragende war sich darüber klar, daß er dabei vielen seiner Hörer viel Bekanntes vorlesete; er glaubte aber — und mit Recht — mit Rücksicht auf die nicht Eingeweihten, weiter auszuholen zu sollen. Um in das verwickelte Problem einzuführen, bediente sich Professor Höber geschickt der Entwicklungsgeschichte der Hirnen und tauben Helen Keller. Schon vor Jahrtausenden haben sich

### Heinrich Mann über Wilhelm II.

Die neue Zeitschrift „Das Internium“, die im Verlage von Weber in Berlin zweimal monatlich erscheint, herausgegeben von E. A. Edel, bringt in ihrem 2. Heft ein Urteil von Heinrich Mann (des Lübeckers) aus dessen Buch „Kaiser und Reich“, was als ein Muster geschichtsmaterialistischer Betrachtung angeprochen werden darf. Schärfer und freis-ender läßt sich der Charakter des Monarchen nicht aus der wirtschaftlichen und sozialen Besonderheit seiner Zeit heraus entwickeln, als es der bekannte Romanistritzschauer hier mit knappen Worten tut.

Der Kaiser vertritt die Deutschen seines Reiches, im Namen ihres Wohlbefindens, رهیلوس vor der Geschichte. Sein Leben und Wirken die Sorgen seiner Rache und seine jetzigen Nache in die Seele seines Volkes — waren Betriebsamkeit. Ein Ueber-allwärtiger im Adelsschloß, der das monarchische Prinzip oder ein neues Imperium anpreist, dies hieß Kaiser. Wie modern! Ludwig XIV. trug keinen Regenmantel, bis er ihn in England und nach England abfuhr. Hier aber war alles gewaschen bis ins kleinste, das Gefühl der Anzucht, die Bürgerlichkeit — und dazu gehörte der ganze Betrieb mit Drohungen für die Kon-farzen, mit trocken gehaltenem Pulver und knöcheligem Schwerte. Geht auf Grund von Stegen, vergangenem und künftigen! Da jagte er durch das Land, der Bürgermeister, mit seinem heilig Un-förmen, und machte seinen Untertan an, noch tüchtiger zu sein, und dies noch zu verfertigen, auch hier noch „an die Spitze“ zu kommen und, Redner und Schwärmer zum Trotz, immer noch „Kaiser“ zu verdienen. Womit immer er sich besaßte, was er gerade vorhatte und empfahl: Erfolg! Erfolg! höchste Bürger-ung! Alles verstehen wollen, aber nichts wirklich können und haben, überall gewesen und schon wieder zurück sein, an nichts denken, schüchtern und ungeschick bis zum Grauen sein, ein Schein sein, eine Bühnenrolle — und dort, wo das Herz ist, nichts haben als die Labung des Erfolges, sei er bei durchgedrungenen Kuppeln oder amerikanischen Willkürden, die unbedingte Be-zugung jedes Erfolges, der sich in Geld ausdrückt: so und nicht an-ders mußte der Mann aussehen, der in solchem Reiche die Korn-ner und alle ihr erzieltes Bild hat. So und nicht anders war er. Er ist von den Seiten bewundern worden, wie selten die menschliche Eigenschaft sich selbst bewundern. Er war ihr Ab-gott. Als er die Augen schloß, verließen sie nur für einen Augen-blick die Welt. Sie schloß sich nicht auf ihn ent-fallen. Seine Seele ist die kleinere, denn seine Rolle auf dem

gemeinsamen Theater war durch sie bestimmt. So viel sie selbst aus ihm machten, hat er nicht beitragen können zu ihrer Schönheit.

Der Oberste Kriegsherr dieses Theaters hat wohl auch schwere Sünden gehabt. Auf keinen Fall ist es glaubhaft, daß die einfache Spitze ganz so ohne Bild und Wissen gewesen sei, wie die Kataklyse im breiten Gestein der lebenden Pyramide. Wenn er, trankt wie sein Reich, der Erschöpfung nahe war: — er hatte sich eine internationale Abfahr geholt aber „im Innern unbeschränkt“, mit Reden wie eines aus der Haut gefahrenen Scherenschnittellen den Sozialismus vernichtet und war nun er-schöpft, weicher hinter Geschnitten trat ihm da auf die Zunge? So schmedt die Unerschütterlichkeit Herbei, Geschaffenes! Ah! nur Kackgeschmies kam, und die englische Flotte blieb die größere. Kackgeschmies: die ganze Deere der 40 Jahre gähnt aus dem Munde. Der Bürger übte den Ritter, beide zusammen äfften England und das Reich alle dagewesenen Beispiele „der Welt-herlichkeit“. Kackgeschmies macht unerschütterlich bis ins kleinste. Kein Bedarfsartikel erschien, damit er nur gut sei; er hatte „deutsch“ zu sein und irgendwie „an der Spitze“ zu stehen.

### Die gefällte Hefe.

In unserer Schule war ein Knabe von armen Eltern, der trug eine Hefe, die war so vielfarbig gefärbt, daß wir alle un-keren lachen Spaß daran hatten. Und immer, wenn man glaubte, jetzt sei es zu Ende, jetzt komme endlich eine neue Hefe — dann plötzlch sah wieder ein großer brauner Flicken darauf, und all die kleinen Flicken rings umher klitzten mit neuem Mut in die Zukunft zu gehen — so wie in einem verzweifeltten Volke, wenn plötzlich ein großer und tapferer Staatsmann die Fäden ergreift. Nach der Heimkehr von den Ferien war es unser jählichstes Ver-gnügen im Schulfest, Müllers Hefe zu besichtigen und großes Ge-lächter hörte man erschallen, wenn sie inziglichen bunten gewor-den war.

Wie schön ich mich heute dieses Gelächters. Es war ja nicht böse gemeint — aber so unendlich dumm und gedankenlos. Wir haben nur die bunten Flicken, aber nicht das, wozu sie erzählt —: Eine ganze Welt von sorgender Mutterliebe, durchwachte Nachstunden und gewiß auch viele Tränen darüber, daß die ganze mühsame Fickerei doch nur etwas gelbende brachte, worüber der Sohn in der Schule nur ausge-lacht wurde! Mit welcher armenischen Geduld mußte die Mutter wohl den ganzen Haushalt betreiben und wie ängstlich

mag sie genötigt haben, damit die Hefe noch ins neue Jahr hinein-halte! Wie viel tausend mal mehr wert war diese Hefe, als das schönste und modernste englische Beinkleid mit seinen tadellofen Falten! Habt ihr einmal davon gehört, daß man heute oft Hum-berktauchen von Markt begahrt für Gemälde von alten Meistern, die oft noch gar nicht richtig zeichnen konnten, aber dafür soviel Liebe und Andacht in ihre Bilder legten, daß man noch heute, nach vielen Jahrhunderten, ganz warm und innig davon berührt wird? Nun — Müllers gefällte Hefe war auch so ein Kunst-werk und ich würde heute viel Geld dafür geben, wenn sie zum Verkauf ausgesetzt würde — und an der Tafel würde ich sie aufhängen wie eine Wandkarte und euch mit dem Kartenstich die wunderbare Findigkeit der Mutterliebe zeigen: Wie viel Nachdenken, wie viel Fürsorge da hineingearbeitet ist in dieses ärmlische Stück Zeug — so viel, daß es selbst der erste Schnei-der von Paris nicht nachmachen könnte, sondern ausrufen müßte: So viel Geduld hat kein Schneider und keine Modistin, das kann nur eine Mutter!

Dann würdet ihr begreifen, wieviel Dummheit dazu gehört, über solch eine Hefe zu lachen! Wer so zu lächen vermag, das kann kein gewöhnlicher Mensch sein: Müllers Mutter war sicher eine außergewöhnliche Frau, und ich bedauere nachträglich nur, daß wir Müller nie um die Erlaubnis gebeten haben, sie zu be-luchen. Wenn ihr niemals so eine gefällte Hefe trefft, denkt an das, was ich euch heute erzählt habe! Daß man die Entstehungs-geschichte solcher gefällten Hefe versteht und daß man heraus-lesen kann, was da alles hineingearbeitet ist. — Das ist wichtiger als daß man ganze Bände von Weltgeschichte lesen kann und über Entstehungsgeschichte der feuerfesten Berge Felschweiß weiß. Warum ist es wohl wichtiger? Weil es nichts Schlimmeres gibt, als daß liebevolle und fleißige Arbeit ausgelacht und verspö-tet wird, und weil unsere wahre Bildung sich darin zeigt, daß wir nie am unrechten Orte lachen. Zu dieser Bildung aber hel-fen weber Weltgeschichte noch Naturkunde, so wichtig sie sonst sind — nein, nur durch eigenes Nachdenken über das Leben unserer Mitmenschen kommen wir dazu.

Wenn ihr einmal einen Knaben mit einer gefällten Hefe trefft, der sich vor dem Lachen seiner Kameraden schämt, so ruft ihm nur zu: „Du, sei stolz auf deine Mutter, du trägst ja die kostbarsten Hosen der Welt!“ — Ist das nicht wahr? Ist nicht Mutterliebe hineingewebt und ist das nicht weit vornehmer und schöner, als wären sie goldbüchse und wenn er sie mit Stolz und Dankbarkeit trägt, sind es dann nicht wahrhaft be-sondere Hosen — ein wahres Stelldichein der besten Gefühle der Menschenseele? —

Die Menschen mit der Frage des Zusammenhangs von Körper und Seele beschäftigt; Philosophen und Ärzte haben versucht, dem Narunde der Seelenfälligkeit nahe zu kommen. Letzten Endes kann der Arzt, soweit auch seine Forschungsmethoden heute verfeinert sind, doch nicht bis dem letzten Ursprung vorstoßen, das zeigt auch der Vortrag des Prof. Höber. Der Physiologe hält sich als Naturwissenschaftler an das Gehirn, als „Organ der Seele“, wie er es nennt, um aus seiner Erforschung Schlüsse auf die Seele zu ziehen. Auf diesem Wege können wohl wichtige Einzelforschungen, niemals aber das Endziel erreicht werden, weil die Seele und Körper, Körper und Unkörperliches zwei Faktoren sind, die in enger Wechselwirkung mit einander stehen, aber, wie vor allem die nehmische Philosophen-Schule nachweist, keinen unmittelbaren Schluß vom Körper (Gehirn) auf das Wesen der Seele zulassen. Doch nun zu den physiologischen Darstellungen des Vortrags Prof. Höber: In den letzten 100 Jahren ist verschiedentlich der Versuch gemacht worden, festzustellen, ob und wie die verschiedenen Seiten des Seelenlebens von der Betätigung verschiedener Gehirnteile abhängig sind; der Arzt Josef Gall versuchte es mit gewagter Methode durch seine „Phrenologie“; das Experiment am Tier schuf vor 50 Jahren in den Reizungsversuchen von Hitzig und Fritsch an der Großhirnrinde die exakten Grundlagen für eine Lokalisierung der Gehirnfunktionen, das Zustandekommen von Seh-, Hör- und Tastempfindungen ist auf Grund dessen in Abhängigkeit von bestimmten Gehirnzentren zu sehen. Aber trotz aller Bemühungen führt die Gehirnphysiologie bisher doch nur in den Vorhof der Psychologie; die höheren geistigen Funktionen lassen sich nicht „lokalisieren“ und lassen sich nicht durch Gehirnstudien analysieren.

Ein ganz anderer Weg vom Körperlichen ins Psychische führt über Veränderungen der Erregbarkeit des Gehirns durch Chemikalien. Allgemein sind die Veränderungen der Psyche durch Heilmittel und Gifte, wie Alkohol, Morphium, Chloroform. Aber wichtiger als diese unnatürlichen Beeinflussungen des Gehirns sind Einflüsse, die von besonderen Organen unseres Körpers, den sog. Hormondrüsen, das ganze Leben lang auf zahlreiche Leistungen, so auch auf die des Gehirns ausgeübt werden. Ohne Schilddrüse bleibt die geistige Entwicklung zurück, wie beim Kretin, ein Uebermaß von Schilddrüse führt zu gesteigertem Wahrnehmungs- und Gefühlsvermögen, wie in der Basedow'schen Krankheit. Aber zwischen ausgesprochen pathologischen und normalem Verhalten gibt es zahlreiche Übergänge. Andererseits gibt es winzige Organe, die Nebenschilddrüsen, deren Erkrankung ebenfalls zu einer allerdings etwas anders beschaffenem Form von Ueberregbarkeit führt, die sich auch in dem Vorkommen der Anschauungsbilder äußert; und weil für diese Erkrankung Kalksalze ein Medikament darstellen, so ergibt sich, daß auch die Anschauungsbilder durch Kalkmeditation mißbeiligt werden können. Zu den Hormondrüsen zählen ferner die Keimdrüsen, deren Tätigkeit dem ganzen Körper den Charakter der Männlichkeit oder Weiblichkeit aufprägt, aber auch der Psyche; den Beweis dafür lieferten Experimente, in denen durch Einpflanzung andersgeschlechtlicher Keimdrüsen in junge Tiere das ganze Verhalten entsprechend umgewandelt wurde.

Das psychische Verhalten namentlich nach der Seite des Gemütslebens findet einen auffallenden Ausdruck in den körperlichen „Gemütsbewegungen“, vor allem in den mimischen Bewegungen, aber auch in Bewegungen an der Haut, dem Magen, dem Darm, und in Sekretionen der Schweißdrüsen und den Verdauungsdrüsen. Diese Ausprägungen der psychischen Emotion sind aufsteigend ebenfalls an einen bestimmten Bezirk des Gehirns gebunden, dessen Reaktionsfähigkeit wiederum von den Hormondrüsen beeinflusst wird.

So liefert das experimentelle Studium mannigfache und tiefe Einblicke in das verwickelteste Geschehen in unserem Körper und damit auch in keinem „Seelenorgan“, dem Gehirn. Aber wie schließlich die Seele sich dieses Organs „bedient“, wie der Zusammenhang zwischen Körper und Seele zu denken ist, das ist, wie der Vortragende letzten Endes zugeben mußte, keine Frage der Physiologie, sondern eine Frage der Philosophie.

## Das Reichsmietengesetz.

Dieser Aufsatz, der uns von der Reichszentrale für Heimatsdienst überlandt wird, vermeidet es, in dem Kampf der Meinungen über dieses hart umstrittene Gesetz für und wider Stellung zu nehmen. Sein Gegenstand ist lediglich, die wichtigsten Bestimmungen dieses jeden Einzelnen berührenden Gesetzes kurz zusammenzufassen und der vielfach bestehenden Unklarheit zu steuern.

Das vom Reichstag kürzlich angenommene Reichsmietengesetz bringt eingehende Bestimmungen über die Vermietung von Wohnungen, Geschäften, Bureaus, Lagerräumen usw. sowie über die Höhe der bei Mietverhältnissen zu entrichtenden Miete. Es sieht in den Grundrissen folgende Regelung vor:

Grundsätzlich kann zunächst ein Mietzins völlig frei vereinbart werden. Das Gesetz gibt jedoch dem Vermieter wie dem Mieter das Recht, jederzeit dem anderen Teile gegenüber zu erklären, daß an Stelle der vereinbarten Miete die „gesetzliche Miete“ gelten solle. Der Vermieter hat dieses Recht auch bei laufenden, also auch bei langfristigen Verträgen. Da das Gesetz spätestens am 1. 7. 1922 in Kraft treten soll, können Vermieter und Mieter von diesem Tage ab dem andern Teile gegenüber die erwähnte Erklärung abgeben. Zu unterscheiden ist hierbei folgendes:

Ist der Mietzins vierteljährlich zu zahlen, so muß die Erklärung spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres erfolgen; da in diesem Jahre der 2. Juli ein Sonntag ist, also spätestens am 4. Juli. Von dem ersten Tage des nächsten Vierteljahres, also von dem 1. Oktober ab, gilt sodann die gesetzliche Miete. Für die Zeit vom 1. 7. bis 1. 10. ist noch die bisherige Miete zu zahlen. Wird der Mietzins monatlich bezahlt, so ist die Erklärung bis zum 15. des Monats abzugeben. Vom 1. des nächsten Monats ab ist sodann die gesetzliche Miete zu entrichten. Ist eine wöchentliche Miete zu zahlen, so muß spätestens am Montag der Woche die Erklärung abgegeben sein. Mit dem Beginn der nächsten Woche beginnt die gesetzliche Miete. Die Erklärung muß in schriftlicher Form abgegeben werden; es genügt ein einfacher Brief.

Für die Höhe der gesetzlichen Miete ist der Grundzins maßgebend, daß eine Steigerung nur insoweit zugelassen werden soll, als eine Erhöhung der von dem Vermieter für das Haus, vor allem für die Instandsetzungsarbeiten, aufzuwendenden Kosten erfolgt ist. Im einzelnen wird die gesetzliche Miete folgendermaßen berechnet:

Ausgegangen wird von der Miete, die am 1. Juli 1914 zu zahlen war (Friedensmiete). Ueber ihre Höhe hat der Vermieter dem Mieter Auskunft zu geben; im Streitfalle legt sie das Mietvertragsbuch fest. Von der Friedensmiete werden die in ihr für Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten enthaltenen Beträge abgezogen, und zwar soll allgemein für einen Gemeindebezirk oder einen größeren Bezirk bestimmt werden, welcher Hundertsatz der Friedensmiete abzugeben ist. Der verbleibende Rest wird als „Grundmiete“ bezeichnet. Zu dieser Grundmiete treten Zuschläge für die Betriebs- und Instandsetzungskosten. Auch eine etwa eingetretene Erhöhung der Hypothekenzinsen ist zu berücksichtigen. Diese Zuschläge werden in Hundertsätzen der Grundmiete von der Gemeindebehörde festgesetzt. Steigen die Aufkosten, so sind die Zuschläge zu erhöhen. Damit erhöht sich auch automatisch ohne weiteres die Miete. Der Gedanke der leitenden Miete wird hiermit verwirklicht.

Die Instandhaltung der Häuser soll unbedingt gesichert werden. Zu diesem Zweck bringt das Gesetz eine Reihe

besonders wichtiger Bestimmungen, vor allem eingehende Kontrollvorschriften. Unterschieden wird zwischen laufenden und großen Instandsetzungsarbeiten. Als große Instandsetzungsarbeiten sind anzusehen: die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Dachges, der Anstrich oder Abputz des Außenputz, der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwassererwärmung. Die oberste Landesbehörde kann auch andere Instandsetzungsarbeiten als „große“ bezeichnen.

Die übrigen Arbeiten sind laufende Instandsetzungsarbeiten. Wird eine notwendige laufende Instandsetzungsarbeit nicht ausgeführt, so kann der Mieter sich an eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Stelle wenden, welche die Ausführung durch geeignete Anordnungen zu sichern hat. Der Vermieter hat der Mietervertretung nachzuweisen, wie er die Mittel für laufende Instandsetzungsarbeiten verwendet hat. Für große Instandsetzungsarbeiten soll regelmäßig die Zahlung eines besonderen Zuschlages zur Grundmiete angedeutet werden. Die danach von den Mietern zu zahlenden Gelder sind auf Hauskosten anzulegen, über die der Vermieter grundsätzlich nur mit Zustimmung der Mieter verfügen darf. Zugelassen wird ferner die Einrichtung eines „Ausgleichsfonds“, aus dem Beihilfen an wirtschaftlich schwache Vermieter für die Reparaturen ihrer Häuser gewährt werden können. Damit wird gleichzeitig auch die Befastung der in besonders renaturbedürftigen Häusern wohnenden Mieter wesentlich verbessert. Die Mittel für diesen Ausgleichsfonds sollen durch eine besondere Steuer zusammen mit der Wohnungsteuer aufgebracht werden. Soweit Hauskosten nicht befreiten, ist von dem Mietereinkommen für eine seit Oktober 1920 ausgeführte oder eine in Zukunft notwendig werdende große Instandsetzungsarbeit für das betreffende einzelne Haus ein besonderer Zuschlag zu der Miete festzusetzen.

Bei mehreren Räumlichkeiten kann nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes eine weitere Erhöhung der Miete eintreten. Zunächst können die allgemeinen Zuschläge für gewöhnliche Räume höher festgesetzt werden als für Wohnräume. Erhöht sich ein nennenswert genutzter Raum besonders hohe Betriebs- und Instandsetzungskosten, so kann das Mietereinkommen einen weiteren Zuschlag zulassen. Schließlich kann darüber hinaus ganz allgemein für nennenswert genutzte Räume noch ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt werden, auch wenn dieser zur Deckung von Betriebs- und Instandsetzungskosten nicht mehr erforderlich ist.

Die Bildung einer Mietervertretung wird für gewisse Zwecke nicht als unbedingt notwendig bezeichnet. Besteht eine Mietervertretung, so werden die Bestimmungen ungenutzt; insofern hat sie neben und an Stelle des Mieters das Recht, bei Streitigkeiten über die Vornahme von laufenden Instandsetzungsarbeiten die Entscheidung der bereits erwähnten Stelle anzurufen. Bei Häusern mit Sammelheizung und Warmwassererwärmung wird ihre Mitwirkung bei der Beschaffung, Anordnung und Anbahnung der Heizstoffe vorgelesen; auch kann für bestimmte Räume die Bildung einer Mietervertretung von der obersten Landesbehörde vorgeschrieben werden. Jeder Belegte hat sich ferner in Streitfällen an die Mietervertretung wenden, die falls der Sachverhalt noch Mängel klären und eine gütliche Einigung herbeiführen sucht.

Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwassererwärmung sind getrennt von der gesetzlichen Miete zu berechnen. Die näheren Anordnungen trifft die oberste Landesbehörde.

In Fällen der Untermiete, also vor allem bei der Vermietung in kleineren Räumen, muß der Mieter in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Grundmiete stehen. Auch hier soll die oberste Landesbehörde nähere Bestimmungen erlassen.

Für Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu beschaffene Räume sowie für die Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen und Räume in öffentlichen Gebäuden gilt das Gesetz nicht.

Mit Rücksicht auf die in einzelnen Ländern bestehenden verschiedenen örtlichen Verhältnisse ist den obersten Landesbehörden das Recht eingeräumt, die Vorschriften des Gesetzes in weitem Umfange zu ändern und den Verhältnissen des Landes anzupassen.

Das Gesetz tritt, wie bereits erwähnt, spätestens am 1. Juli dieses Jahres in Kraft; die oberste Landesbehörde kann es früher in Kraft setzen. Es ist am 1. Juli 1922 außer Kraft treten.

Gegenüber dem bisherigen Rechtszustand bringt das Gesetz mancherlei Änderungen sowohl für den Vermieter wie für den Mieter. Neben dem Vermieter ist das Recht, die Miete auch bei laufenden Mietverträgen zu erhöhen, besonders wichtig; er hat ferner die Sicherheit, daß er die zur Deckung der Betriebs- und Instandsetzungskosten erforderlichen Mittel erhält, und daß die Miete sich automatisch der Steigerung dieser Kosten anpaßt. Im wesentlichen ist sich auf Grund dieses Gesetzes die Mieten erhöhen werden, läßt sich allgemein nicht sagen. Das hängt wesentlich von der Höhe der in den einzelnen Gemeinden zu zahlenden Steuern, Steuern um, ab und wird daher in den einzelnen Gemeinden und Gemeinden Deutschlands durchaus verschieden sein. Zu beachten ist, daß die Mieter neben der Miete noch eine besondere Aufwandsgebühr in Höhe von 50 v. H. der Friedensmiete zu zahlen haben (Gesetz über die Wohnungsverhältnisse). Die auf diese Weise gewonnenen Mittel dienen lediglich zur Förderung der Neubautätigkeit. Wenn danach auch mehrere, in einer Zeit allgemeiner Preiserhöhung demnach empfindliche Belastungen der Mieter eintreten werden, so werden diese doch nur insoweit zuwachsen, als sie wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Die Mieter erhalten andererseits durch eingehende Kontrollvorschriften die Sicherheit, daß sie von ihnen aufzubringen Mittel auch tatsächlich für das Haus Verwendung finden, daß vor allem das Haus in der erforderlichen Weise instandgehalten wird.

## Aus der Partei.

Ein Parteiveteran. Genosse Clemens Hengsbach in Köln ist Donnerstag 65 Jahre alt geworden. Es handelt sich bei ihm um einen der Alten, die es in der Parteitätigkeit noch heute mit jedem Jungen aufnehmen. Genosse Hengsbach ist seit 11 Jahren Mitglied der Kontrollkommission. Der Zufall wollte, daß diese gerade Donnerstag mit dem Parteivorstand gemeinsam tagte. Genosse Brühne feierte den jungen Jubiläumstagen und seine Tätigkeit in der Partei, der er in schwerer Zeit seine Dienste widmete. Genosse Bartels vom Parteivorstand schloß sich dem an. Möge Genosse Hengsbach noch lange in gewohnter Mäßigkeit seine Posten ausfüllen.

## Gewerkschaften.

### Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung.

Der Pressedienst des Zentralverbandes der Angestellten schreibt: In den meisten Orten Deutschlands haben die Wahlen bereits stattgefunden. Zurzeit wartet man nur noch auf das Ergebnis der Wahlen in Breslau und auf die Abstimmung in dem bei Deutschland verbliebenen Teil Oberösterreichs. Im Augenblick wird nun von Seiten des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten eine wüste Stimmungsmache gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen betrieben. Es werden Zahlen verbreitet,

die mit dem tatsächlichen Abstimmungsergebnis nicht gemessen haben. Man spricht davon, daß der AFB-Bund nur etwa 21 Prozent Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wir halten es für notwendig, an dieser Stelle das tatsächliche — bisher feststellbare — Wahlergebnis zu veröffentlichen.

Am 8. März 1922 war das Wahlergebnis aus 720 Wahlorten bekannt. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 397 590. Hieron ergab sich:

Der AFB-Bund	138 535
Der DFB	84 726
Die Frauenberufsverbände	35 056
Der GdA	86 369
Diverse	54 804

Die Gesamtzahl der Stimmen nach Prozenten ergibt damit für den AFB-Bund 34,3 Proz. aller Stimmen. Die Zahl der gewählten Vertrauensmänner ist entsprechend. Der AFB-Bund erhielt 708 (1534 Erststimme), der DFB 479 (814), die Frauenberufsverbände 40 (108), der GdA 351 (613), Diverse 649 (1257).

Die bürgerliche Presse, die sich wohl zum großen Teil auf Zuschriften der Gewerkschaftsbünde stützt, folgert aus dem Wahlergebnis, daß der Reichstag es nunmehr nicht wird wagen dürfen, den Angestellten ihre besonderen Versicherungseinrichtungen zu rauben. Wir sind anderer Meinung. Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ist nicht nur eine Sache der Angestellten, sondern eine Angelegenheit der gesamten Arbeitnehmerchaft. Es handelt sich nicht darum, ob mehr als 50 Prozent der Angestellten, die sich an den Wahlen beteiligten, den Wunsch ausgesprochen haben, die Versicherungseinrichtungen der Arbeiter und Angestellten zusammenzulegen, sondern es handelt sich darum, welcher Meinung die Gesamtheit der Angestelltenchaft ist. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 30 Proz. Viele der Angestellten, die mit den ungenügenden Versicherungseinrichtungen der Angestelltenversicherung unzufrieden sind und dadurch außerordentlich verstimmt waren, haben sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Nur wenn man dies berücksichtigt, kann man sich ein annähernd klares Bild von der wahren Stimmung unter den Angestellten machen.

Darüber hinaus handelt es sich darum, ob alle Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — von der Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Sozialversicherung durchdrungen sind. Ganz abgesehen von unserer prinzipiellen Einstellung zur Frage der einheitlichen Sozialversicherung, können wir uns heute den Luxus besonderer Versicherungseinrichtungen für einzelne Berufsgruppen nicht mehr erlauben.

Das in der Vorkriegszeit vielleicht brauchbar gewesene Versicherungsprinzip ist in heutigen Zeiten, in denen die Wertverhältnisse des Geldes von Tag zu Tag und von Woche zu Woche einer Veränderung unterliegen, unhaltbar. Das bisherige Verfahren der Aufbringung der notwendigen Mittel durch die Zinsen des angelegten Kapitals ist unbrauchbar. An diese Stelle muß das Umlageverfahren treten, das vor allen Dingen eine leichtere Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Verhältnisse in sich trägt.

Krieg und Nachkriegsentwicklung haben es mit sich gebracht, daß die Zahl der heute auf Renten aus Versicherungseinrichtungen angewiesenen Personen erheblich größer geworden ist. Besondere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Versicherungseinrichtungen werden demzufolge gestellt. Sie werden diesen Anforderungen nur dann gerecht werden können, wenn sie einheitlich und nicht zerplittert ausgetreten instance sind.

Bedingt von diesen großen Gesichtspunkten werden sich die Parteien des Reichstages leiten lassen dürfen und nicht von dem unzeitgemäßen Standesbündel eines Teiles der Angestelltenchaft, noch zumal dieser Standesbündel zum größten Teil nur das Produkt des Agitationsbedürfnisses des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes und seiner Verbündeten ist.

### Gescheiterte Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Am Sonnabend fanden mit den Vertretern der Metallindustriellen Verhandlungen statt. Die Arbeitervertreter forderten in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse eine 50prozentige gleichmäßige Erhöhung für alle im Tarif vorgesehenen Lohnklassen. Die Beauftragten des BMM lehnten eine gleichmäßige Erhöhung in allen Lohnklassen prinzipiell ab und machten nach mehreren getrennten Ausdrücken für die Klasse 5 ein Angebot auf Erhöhung des tarifmäßigen Lohnes um 1,50 Mk., gleichzeitig boten sie eine 50prozentige Erhöhung der Familienzulage an. Da nach der ausdrücklichen Versicherung dieses Angebot als das weitgehendste zu betrachten sei, die Arbeitervertreter aber einer erneuten Auseinandersetzung der Staffelnung nicht zustimmen können, war damit jede weitere Verhandlungsmöglichkeit ausgeschlossen, und die Verhandlung gescheitert.

Der Metallarbeiterstreik in Bayern. Das bayerische Sozialministerium, das von einem Ministerialrat geleitet wird, suchte im dem bayerischen Metallarbeiterstreik eine Vermittlungsaktion einzuleiten, nachdem auch die christlichen und kirchlichen Arbeitervereine Solidarität übten. Die Unternehmer verlangten vor Beginn jeder Diskussion, daß zu allererst die 48-Stundenwoche von den Arbeitern anerkannt werden müsse, ehe sie sich überhaupt auf Verhandlungen einließen. Damit ist nochmals der Beweis erbracht, daß es den Unternehmern lediglich auf eine Provokation der Arbeiter ankommt.

## Aus aller Welt.

Aus dem dritten Stock gefallen und — unversehrt. In Berlin stürzte in einem Gartenhause in der Gerbinsstraße ein kleiner Junge von zwei Jahren aus dem Fenster des dritten Stockwerkes, als er einem auf dem Hofe spielenden Bekker Geld hinunterwerfen wollte. Der Junge ist vollkommen unversehrt.

Kleideranzüglicher an der Arbeit. Große Beunruhigung ruff seit einiger Zeit in Berlin das Treiben zweier pervertierter Menschen hervor, von denen der eine Damenkleider planmäßig beschneidet, während der andere sie aufführt oder ganze Stücke herauschneidet. Der Beschneider ist jetzt endlich durch die Entschlossenheit einer Dame unschädlich gemacht worden. Er benutzte zwei Mittel, Mehl und flüssige Lederwärsche. Mit dem Mehl beschmierte er, namentlich bei Regenwetter, wertvolle dunkle Damenkleider, mit der Lederwärsche felle. Jetzt wurde er festgenommen, als er das Kleid eines Mädchens beschneiden wollte, das er in einem nach Lichterfelde fahrenden Zuge getroffen hatte. Er entpuppte sich als ein Uhmacher Adolf Jahr, ein alter Sünder auf diesem Gebiete. — Der Aufschlitzer ist dagegen noch nicht ergriffen.

Eine Riesenunterkühlung an Juwelen. Eine Riesenunterkühlung, die in Barcelona verübt worden ist, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Vor vier Wochen unterlag ein Reisender Hugo de Parentu einem spanischen Juwelier in Barcelona eine große Zahl Brillanten und Schmuckstücke, die einen Gesamtwert von 16 Millionen Mark haben. Man vermutet, daß der Flüchtling versuchen wird, in europäischen Großstädten seine Beute zu Geld zu machen. Unter den gestohlenen Juwelen befinden sich einzelne Stücke von außerordentlich hohen Werten, so eine Brillantur im Werte von 61 614 Pesetas, zwei andere von 37 579 und 32 228 Pesetas, zola Brillanten, darunter zwei in Ringen, von ungefähr 1 bis über 9 Karat Gewicht und 23 000 bis 27 000 Pesetas im Werte, 33 Kolliermittlestücke, die zusammen 145 000 Pesetas kosten. Ein Rivierbrillant von 23 000 Pesetas, Krawattenadeln, Broschen mit Brillanten, Onix, Smaragd und Saphieren, Anhänger, Uhrenarmbänder mit Brillanten und Sa-

